

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengezeigte Zeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 224.

Sonnabend, den 24. September 1921.

28. Jahrgang.

Das Parteiprogramm angenommen.

P. Görlitz, 23. September.

Nach lebhafter Aussprache wurde heute der neue Parteiprogramm angenommen. Brausender Beifall der Delegierten, die sich von ihren Plätzen erhoben hatten, hallt durch den Saal. Einige kleinere Änderungsanträge und der Beschluß, bald Erklärungen zum neuen Görlitzer Programm herauszugeben, werden am Ende des bedeutenden Tages angenommen. — Gegen 1/9 Uhr schließt die Sitzung. Die Schlußtagung beginnt Montag morgen 1/9 Uhr.

Görlitz, 23. September.

Der von der Programmkommission abgeänderte Entwurf hat in seinem allgemeinen Teile folgenden Wortlaut:
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Interessen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus.

Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik gewaltig entwickelten Produktionsmittel unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern gebracht, sie hat breite Massen der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und in hilflose Proletarier verwandelt. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, im Ueberfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengesetzt, die in Not und Elend verkommen. Sie hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht.

Der Weltkrieg und die ihn abschließenden Friedensdiktate haben diesen Prozeß noch verschärft. Sie haben die Konzentration der Betriebe und des Kapitals beschleunigt, die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Armut erweitert. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Während rückwärtsloses Gewinnstreben eine neue Bourgeoisie von Kriegslieferanten und Spekulanten emporhob, sanken kleine und mittlere Besitzer, Gewerbetreibende, Scharen geistiger Arbeiter, Beamte, Angestellte, Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Angehörige aller Art der freien Berufe zu proletarischen Lebensbedingungen hinab. Korruption der öffentlichen Bedienung, wachsende Abhängigkeit der bürgerlichen Presse und übermächtige Wirtschaftsdiktatoren, die auf diese Weise den Staat unter ihre Vormachtigkeit zu bringen versuchen, sind unausbleibliche Folgen.

Die Entwicklung zum Sozialkapitalismus hat das Streben nach Beherrschung der Weltwirtschaft durch imperialistische Machterweiterung noch gesteigert. Sie hat ebenso wie die unerbittliche Lösung der nationalen und wirtschaftlichen Weltprobleme durch die geltenden Friedensverträge die Gefahr neuer Konflikte heraufbeschworen, die den Zusammenbruch der menschlichen Kultur herbeizuführen drohen.

Zugleich hat der Weltkrieg moralische Herrschaftssysteme hinweggefegt, politische Umwandlungen haben den Massen die Rechte der Demokratie gegeben, deren sie zu ihrem sozialen Aufstieg bedürfen. Eine gewaltig erweiterte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die ruhmvolle, opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je erhebt sich der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammen-

schluß des Proletariats, durch Schaffung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung, einen Weltbund gleichberechtigter Völker die Menschheit vor neuer kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Sier dem Willen den Weg zu weisen, den notwendigen Kampf der schaffenden Masse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutze der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unumkehrlich gegebene Staatsform, einen Angriff auf sie als ein Verbrechen gegen die Lebensrechte des Volkes.

Die Sozialdemokratische Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Republik vor den Anschlägen ihrer Feinde zu schützen. Sie kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens, um die Wirtschaft, um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialen Gemeinns. Die Ueberführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen Wirtschaft zum Wohl der Gesamtwirtschaft erkennt sie als notwendiges Mittel, um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien, die Produktionserträge zu steigern, die Menschheit zu höherer volkswirtschaftlicher und sittlicher Gemeinschaft emporzuführen.

In diesem Sinne erneuert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr im Erfurter Programm niedergelegtes Bekenntnis: Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Sie führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß er das Schicksal der Menschheit entscheidet in nationaler wie in internationaler Gemeinschaft, sie führt ihn in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.

Für diesen Kampf gelten die Forderungen, die in den folgenden Einzelprogrammen aufgestellt sind.

(Es folgen nur die Einzelprogramme, in der Hauptsache nach den früheren Kommissionsbeschlüssen, mit einigen Änderungen. Sie umfassen: Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Finanzen, Verfassung und Verwaltung, Gemeindepolitik, Rechtspflege, Kultur- und Schulpolitik.)

Wahl des Parteivorstandes.

Bei der Wahl des Parteivorstandes wurden gewählt: Hermann Müller, Otto Wels, Vorsitzende, Friedrich Barthels, Otto Heinrich, Kassierer, Hermann Mollenhuth, Wilhelm Pfannkuch, Otto Braun, Wolf Braun, Franz Krüger, Ritter, Elfriede Kynnel, Otto Frank, Heinrich Schulz, Beisitzer. In die Kontrollkommission wurden gewählt: Brey-Hannover, Brühne-Frankfurt, Fischer-Stuttgart, Helene Grüneberg-Nürnberg, Hengsbach-Köln, Hermann Müller-Lichtenberg, Paul Löbe, Pinau-Leipzig und Schönfelder-Hamburg. In den Zentralbildungsausschuss wurden gewählt: Heinrich Schulz, Professor Radbruch, Löbe, Frau Bohm-Schuch, Eduard David, Karl Schred-Bielefeld, Hellmann-Hamburg, Sassenberg-Berlin und Dr. Roether-Hamburg.

Der Kampf um Dr. Wirth.

Obwohl die bisherigen Mitteilungen über eine Neubildung der Regierung im Reich und in Preußen sämtlich als falsch bezeichnet wurden, legt die Presse das Kombinierte über diese Fragen in der alten Art fort. So weiß z. B. das „Berliner Tageblatt“ zu melden, daß die „Parteiüberhandlungen nicht vor Sonntag“ beginnen werden, daß Otto Braun nicht das preussische Wohlfahrtsministerium übernimmt, sondern höchstwahrscheinlich an Stelle des zurücktretenden Reichsinnenministers Dr. Gradnauer treten wird, und daß aller Wahrscheinlichkeit nach „bereits in der nächsten Woche das gesamte preussische Kabinett seinen Rücktritt erklären“ wird. Nichts von alledem beruht auf Tatsachen, sondern lediglich auf sinnlosen Kombinationen können die Angaben des demokratischen Blattes angesehen werden. Wenn die Verhandlungen über eine Umbildung der Regierung stattfinden, steht bis heute noch nicht fest, aber es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß vor dem Zusammentritt der Parlamente keinerlei verbindliche Verhandlungen geführt werden. Daß der Genosse Otto Braun nicht Reichsinnenminister werden wird und im übrigen Dr. Gradnauer im Augenblick noch nicht an einen Rücktritt denkt, ist in Parteikreisen zur Geringe bekannt. Auch von einem Rücktritt des preussischen Kabinetts kann gegenwärtig noch keine Rede sein. Gewiß liegt ein Rücktritt des preussischen Gesamtministeriums im Bereich der Möglichkeit, sobald ein Ersatz für das gegenwärtige Ministerium Stegerwald vorhanden ist. Dieser Gesamttritt ist damit begründet, daß der größte Teil der jetzigen preussischen Minister aus dem Amte scheidet. Stegerwald hat nach eigenen Versicherungen keine große Lust mehr, im Ministerium zu verbleiben und wird auch von der Sozialdemokratie nicht im geringsten zum Verbleiben veranlaßt werden, der kompromittierte Justizminister Am Jähnichoff muß verschwinden und an Stelle der Beamtenminister werden Politiker treten — vorausgesetzt natürlich, daß die Verhandlungen ein Ergebnis zeitigen. Für ein eventuelles Ergebnis besteht im Augenblick nicht die geringste Gewähr; denn erst in den letzten Tagen hat die Deutsche Volkspartei bewiesen, was Geistes Kind sie ist. Neben ließe sich vielleicht darüber, daß der augenblickliche Finanzminister-Semisch, der der Volkspartei äußerst nahesteht, im Kabinett verbleibt, einen Mann mit ähnlicher Stellung, ein Ministerium ohne Portefeuille angeboten wird und die übrigen Ministerien unter den alten Koalitionsparteien verteilt werden. Jedenfalls wird die Sozialdemokratie auf die Befetzung des Innen- und Justizministeriums keineswegs Verzicht leisten.

Durch die klare Absage der Zentrums- und der sozialdemokratischen Blätter an die Deutsche Volkspartei, daß auf die Reichskanzlerschaft Dr. Wirths bei einer eventuellen Umbildung der Reichsregierung keinesfalls Verzicht geleistet wird, hat die Volkspartei eine gewisse Einschränkung erfahren. Neuerdings legt sich auch der preussische Ministerpräsident für den gegenwärtigen Reichskanzler ein, nachdem er zuvor den Volksparteiern Anlaß zu der Intrigue gegeben hat. Auch das Organ der christlichen Arbeiter „Der Deutsche“ tritt trotz seiner bisherigen Bekämpfung des Reichskanzlers für Dr. Wirth ein.

Also ist die Einheitsfront zwischen Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen, die sich alle für Dr. Wirth einsetzen, gegen die Volkspartei gebildet. Daß angesichts dessen die taktlosen Angriffe auf den Reichskanzler ohne Erfolg werden werden, wird man hoffentlich bald innerhalb der Partei Streikmanns einsehen. Auch die ständigen Hinweise der Unabhängigen, daß durch den Görlitzer Beschluß, das Programm des Reichskanzlers Dr. Wirth gefährdet und „die Stärkung und Einigung der gesamten Reaktion organisiert“ wurden, sind durch die für den Reichskanzler bestehende Einheitsfront hinfällig geworden.

Die bayerische Deutsche Volkspartei gegen Dr. Wirth.

Der erweiterte geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei in Bayern hat übereinstimmend festgestellt, daß der Eintritt der Deutschen Volkspartei in ein Reichskabinett, an dessen Spitze Dr. Wirth steht, nie und nimmer in Betracht kommen könne.

Kommunistischer Aufruf gegen die neue Koalition.

Die „rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf der Zentrale der KPD, worin zur Bildung der geschlossenen Kampffront gegen die Reaktion und das Bürgertum aufgerufen wird. Der einmütige Wille der Arbeiterklasse müsse die Durchführung der Koalition verhindern.

Die französische Presse.

Die französischen Blätter beschäftigen sich mit der innerpolitischen Lage Deutschlands. „Deux“ führt aus, daß Dr. Wirth niemals verabschiedet habe, daß er beim Wieder-

Bayern und das Reich.

Den am heutigen Sonnabend in der Reichskanzlei beginnenden Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsinnenminister und dem bayerischen Ministerpräsidenten sieht man in Regierungskreisen äußerst zuversichtlich entgegen. Man erwartet, daß der Konflikt bald aus dem Wege geschafft ist und erblickt in der Person des neuen bayerischen Ministerpräsidenten den Mann, der an einem friedlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern lebhaft interessiert ist.

Nach Erledigung der Verhandlungen mit Bayern werden die Landesregierungen vom Reich zwecks Besprechung von Polizeifragen und deren evtl. Handhabung durch die Reichsregierung eingeladen.

Dunkle Mächte in Bayern.

Das Wolffsbureau verbreitete am Donnerstag abend eine Depesche, nach der der neugewählte Ministerpräsident von Verchenfeld auf dem Wege zum Landtagsgebäude einem Attentat zum Opfer gefallen sei. Die Täter seien entkommen. Die Nachricht war natürlich erlogen; sie bezweckte nur eine Aufsperrung des Volkes.

die gewisse Rechtsbolschewisten für ihre dunklen Pläne fast jeden Tag in Szene setzen.

Ein Gentiestreich der alten Regierung.

Nach Meldungen der Auslandspresse hat das bayerische Polizeipräsidium vor kurzem den amerikanischen Universitätsprofessor Bahmani aus München plötzlich ausgewiesen. Der Ausweisungsbefehl überraschte den amerikanischen Professor und seine Frau, während der Nacht. In Begleitung von Polizeimännern wurden die Ausgewiesenen bis zu den blau-weißen Grenzpfählen gebracht. Als Grund wird von der Auslandspresse die Sympathie des Professors für die Ententestaaten während des Krieges angegeben.

Diese haarsträubende Maßnahme ist nicht dazu angetan, die deutsch-amerikanischen Annäherungen zu fördern. Es wäre angebracht, wenn das neue bayerische Kabinett, die nicht dementierte Absicht, den Polizeipräsidenten Köhner bald zu verabschieden, verwirklichen würde.

Der Antrag auf Haftentlassung Fühlers abgelehnt.

Im Gegensatz zum Geschäftsordnungsausschuß hat die Vollversammlung des bayerischen Landtages den Antrag auf Haftentlassung des USG-Abgeordneten Fühler abgelehnt.

Des Reichstages nicht mehr Kanzler sein werde. Seine Befürchtungen scheinen gerechtfertigt zu sein, man verzeihe es Dr. Winter nicht, daß er das Ultimatum annahm, das Deutschland zur loyalen Erfüllung seiner Verpflichtungen anhielt. Schon denkt man an ein neues Ministerium, dessen Führer Stresemann sein würde. Darüber muß die Entente, und namentlich Frankreich, sehr beunruhigt sein, und die Schwierigkeit der Lage läßt sich nicht verhehlen.

Die Geheimorganisationen im Reiche.

Staatspräsident Ebert sprach am Freitag im Badischen Landtag über Geheimorganisationen im Reiche. Er führte unter anderem folgendes aus: Es handelt sich um eine große Geheimorganisation, der auch die beiden Mörder Erzbergers angehören. Ihre Statuten besagen folgendes: Die Ziele unserer Partei ergeben sich aus der Lage: a) geistige Ziele: Pflege und Verbreitung des nationalen Gedankens, Bekämpfung aller antinationalen und internationalen Richtungen, Bekämpfung des Judentums, der Sozialdemokratie und der linksradikalen Parteien, Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung und Propagandierung in Deutschland für eine allein mögliche Verfassung auf föderalistischer Grundlage; b) materielle Ziele: Sammlung von entschlossenen Männern zu dem Zweck, eine vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern, bei großen Unruhen deren vollständige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einleitung einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen, die durch den Verfall der Verfassung angeführte Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und dem deutschen Volke soweit wie möglich die Wehrmacht zu erhalten. Den Zweck der Organisation charakterisiert das Statut wie folgt: Die Organisation ist eine Geheimorganisation. Sie verpflichtet die Mitglieder untereinander ein Schutz- und Trugbündnis zu schließen, wodurch jeder Angehörige der Organisation der weitestgehenden Hilfe der anderen Mitglieder sicher sein kann. Die Mitglieder verpflichten sich, ein Machtfaktor zu sein und geschlossen eine starke Einheit zu bilden. Wenn die Not des Vaterlandes oder die Erreichung unserer Ziele es erfordert, ist jedes Mitglied verpflichtet, sich zu unbedingtem Gehorjam gegenüber der Leitung der Organisation oder deren Organen zu stellen. (Große Bewegung.) Weiter heißt es: Juden, überhaupt jeder fremddringende Mann ist von der Aufnahme in die Organisation ausgeschlossen. Die Mitgliedschaft erlischt: a) durch den Tod, b) durch Ausschließen infolge unehrenhafter Handlungen, c) durch Ungehorsam gegen die Vorgesetzten, d) durch freiwilligen Austritt. Alle unter b und c und alle Verräter verfallen der Feinde. (Hört, hört!) Die Beitrittsformel lautet: Ich erkläre ehrenwörtlich und durch Handschlag, mich den Satzungen zu unterwerfen und danach zu handeln. Ich gelobe, dem Obersten Leiter und den Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten und über alle Angelegenheiten der Organisation strengstes Stillschweigen zu bewahren, auch nach meinem Austritt.

Der Staatspräsident sagte im Landtage weiterhin, daß dieser Geheimorganisation Schulz und Tillesen ebenso angehören wie Killinger und Müller. Die beiden letzten sigen in Badischer Untersuchungschaft wegen eines Verstoßes gegen § 139 des Reichsstrafgesetzbuches (Begünstigung).

Ein Vertrauensvotum für die badische Regierung.

M. Karlsruhe, 24. September.

Im badischen Landtage ist mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten ein Antrag angenommen worden, in welchem der Regierung das volle Vertrauen für ihre Maßnahmen, die zur Aufhebung der Geheimorganisation geführt haben, ausgesprochen wird.

Die Mandatsfrage im Völkerbund.

M. Genf, 24. Sept. Die gestrige Sitzung der Völkerbundversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit den deutschen Kolonien. Manien erstattete den Bericht der Kommission über die Mandatsfrage. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die durch Amerikas Sonderverhalten entstanden. Die Aufteilung der Kolonien sei Sache des Obersten Rates, nicht des Völkerbundes. Dieser habe nur die Ausübung der Mandate zu regulieren. Es wird zunächst empfohlen, wenigstens die Anwendung des Mandatsystems auf die deutschen Kolonien gutzuheißen. Der Vertreter von Haiti sprach den Wunsch aus, einen Schwarzen in die Kommission zur Prüfung der Mandatsberichte zu berufen. Die Versammlung nahm die Vorschläge der Kommission über die Mandate einstimmig an.

Die Sanktionsverhandlungen.

Neuer vernimmt, daß die Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland bezüglich des Termins, an dem die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben werden sollen, noch andauern. Einige Mißverständnisse habe die deutsche Regierung schon aufgeklärt. Obwohl noch einige technische Einwände der Regelung harrten, bestehe kein Zweifel, daß bald ein Weg gefunden werden würde, um die Entscheidung des Obersten Rates vom letzten Monat durchzuführen, daß die wirtschaftlichen Sanktionen durch Sanktionen gegen eine unterschiedliche Behandlung der Untertanen der Alliierten ersetzt werden sollen.

Das Ultimatum an Ungarn.

M. Paris, 23. September. Die Völkerverkonferenz übermittelte dem Vorsitzenden der ungarischen Abordnung auf der Friedenskonferenz eine Note, worin Ungarn aufgefordert wird, das Burgenland in kurzer Frist zu räumen. Wenn Ungarn sich weigern sollte, wären die Alliierten gezwungen, Zwangsmittel anzuwenden.

Deutschland und Rußland.

Moskau, 23. September. Der Vorsitzende des Allrussischen Volksgesamtschusses, Kalinin, hat gestern den Vertreter des Deutschen Reiches, Professor Wiedenfeld, empfangen, der ihm seine Delegationssatzung überreichte. Bei dieser Gelegenheit hielt der

deutsche Vertreter eine Ansprache, in der er betonte, daß von heute ab die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland neuerdings einen offiziellen Charakter in ihrem vollen Umfang angenommen haben. Die deutsche Regierung sei sich voll bewußt, daß beide Länder imstande sein werden, aus dieser engen Zusammenarbeit bedeutenden und für ihre Entwicklung wesentlichen Nutzen zu ziehen, und daß es im besonderen Interesse beider Länder wäre, lebhaft Beziehungen zwischen der russischen und der deutschen Volkswirtschaft aufrecht zu erhalten. Als Hauptaufgabe in Moskau betrachte er die praktische Verwirklichung der Idee der Entwicklung erfolgreicher Zusammenarbeit. Wiedenfeld sagte zum Schluß er werde alle Kräfte der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetregierung widmen.

In seiner Antwort sagte Kalinin, daß die Mehrzahl der russischen Ingenieure und Techniker ihre Ausbildung in Deutschland erhalten hätte. Deutschland sei immer das Musterland für Organisationsmethoden und technische Errungenschaften gewesen. Die Vereinigung der organisatorisch-technischen Erfahrungen Deutschlands mit den natürlichen Reichtümern Rußlands müsse beiden Ländern großen Gewinn bringen. Zum Schluß wünschte Kalinin dem deutschen Vertreter einen vollen Erfolg. Kalinin erklärte, in seinem und seiner Regierung Namen, die volle Bereitwilligkeit, alles mögliche zur Kräftigung und Erleichterung der bestehenden wirtschaftlichen Bande zwischen den beiden Ländern zu tun, und sprach die Ueberzeugung aus, daß der Vertreter der deutschen Regierung von den gleichen Absichten beseelt sei.

Das Arbeitslosenproblem in England.

London, 23. September. Nach der Unterredung Lloyd Georges mit den sozialistischen Bürgermeistern Londons wurde offiziell mitgeteilt, daß die Bürgermeister das Problem der Arbeitslosigkeit als eine nationale Sache erklärt haben, welche ihre Lösung von der Regierung zu erhalten habe. Lloyd George hat geantwortet, daß die Lösung von der Regierung nicht allein zu erwarten sei, sondern nur von einer engen Mitarbeit der Regierung mit den städtischen Behörden mit den Industriellen, den Bankiers und den Gewerkschaften. Eine in diesem Sinne gehaltene Regierungserklärung soll vor das Parlament gebracht werden.

Das parlamentarische Komitee des Trade-Union-Kongresses und das gemischte Komitee der Arbeiterpartei haben eine öffentliche Erklärung über die Arbeitslosenfrage abgegeben, in der gesagt wird, daß die Arbeitslosigkeit eine nationale Frage ist und daß sie deshalb nicht auf einzelnen Ortschaften lasten sollte. Die Vorschläge der Regierung legen auf die Schultern der Steuerzahler zu schwere Lasten und legen den ärmsten Gebieten große Opfer auf, wo die Steuern schon die höchsten im Lande sind. Infolgedessen schlägt das Komitee vor: 1. die Produktion durch Verringerung der Regierung bei der Industrie zu vermindern, was eine Herabsetzung der Preise zur Folge hätte; 2. große öffentliche Bauten vom Staate und den Gemeinden zu errichten und den Vorzug den Bauten zu geben, welche die größte Zahl Arbeiter beschäftigen könnten; 3. den Gemeindebehörden durch Subventionen und Anleihen zu helfen; 4. Lebensmittel und Unterhaltungen denjenigen Arbeitern zu sichern, für die keine Arbeit gefunden wird.

Aus der 3. Internationale.

Die Exekutive der 3. Internationale teilt mit, daß gleichzeitig mit der Washingtoner Konferenz der „imperialistischen“ Regierungen ein Kongreß der Völker und der kommunistischen Parteien des fernen Ostens stattfinden solle. Die Exekutive hat beschlossen, eine „internationale Pressekorrespondenz“ für politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Information in deutscher, französischer und englischer Sprache vorläufig zweimal in der Woche erscheinen zu lassen. Um die Propaganda in Sachen der Hungerhilfe für Sowjetrußland zu fördern, soll das in Berlin geschaffene Auslandskomitee eine besondere Korrespondenz herausgeben, die 450 Zeitungen aller Länder mit Propagandamaterial beliefern wird.

Die Exekutive der 3. Internationale erklärt in der „Pravda“ die letzten, gegen die 3. Internationale gerichteten Veröffentlichungen der KPD für gegenrevolutionär. Sie hätten die Schriften ihrer ausgeschlossenen Mitglieder Laufenberg und Kühle übertroffen und seien den Verleumdungsschriften Dittmanns ebenbürtig. Die Exekutive habe deswegen beschlossen, jeglichen Verkehr mit den gegenwärtigen Führern der Partei abzubrechen und von der geplanten Entsendung einer Delegation zum Kongreß der Partei Abstand zu nehmen.

Die Kartoffelernte.

In einer im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gehaltenen Besprechung erstatteten Sachverständige aus landwirtschaftlichen und Handelskreisen Bericht über die Aussichten der diesjährigen Kartoffelernte in den einzelnen Reichsteilen. Aus diesen Berichten ergab sich, daß, verglichen mit den drei letzten Jahren, die diesjährige Ernte etwa 80 Prozent des Durchschnitts dieser Jahre beträgt. Allerdings sei zu berücksichtigen, da die Ernte erst begonnen hat, daß diese Schätzung eher zu niedrig sein dürfte und sich das Endergebnis noch günstiger gestalten dürfte. Hinsichtlich der Preise wurde betont, daß die öffentlichen Notierungen, die zurzeit zwischen 45 bis 50 Mark schwanken, der Marktlage entsprechend seien und daß zu diesen Preisen tatsächlich große Mengen im Großhandel umgesetzt und gehandelt werden. Entsprechend sind diese Preise nur für Produzenten und Großhändler, für die Konsumenten bedeuten sie eine Schröpfung sondergleichen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Wahlen in Thüringen. Die Reichstagswahl hatte folgendes Ergebnis: Deutschnationale Volkspartei 38.679, Deutsche Volkspartei 37.825, Landvolk 32.209, Reichsbanner 34.541, Unabhängige 39.025, Kommunisten 37.704, Demokraten 25.761. Es erhalten also noch kein Sitz mehr, nur Bundesrat und Demokraten zwei.

Der Röhthener Hochverratsprozeß. Vor dem Reichsgericht begann Freitag der Hochverratsprozeß gegen 22 Angeklagte aus Röhthener Umgebung, die angeklagt sind, in der zweiten Augusthälfte 1920 auf eine von der kommunistischen Zentralkommission in Berlin erfolgte Anweisung hin in Röhthener eine rote Armee zu dem Zweck gebildet zu haben, die Reichsverfassung zu ändern und die sogenannte Räterepublik einzurichten. Ein Angeklagter ist Privatlehrer, die meisten andern Arbeiter oder Handwerker.

Watter Haat. Generalleutnant von Watter, der während des Rapp-Putsch im Ruhrgebiet kommandierender General war, ist im „Vorwärts“ als „Rechtshilfswort“ bezeichnet worden. Die Lage kann sehr belangreich werden. Bei dem Freikorps von Lützen sind, als es in Remscheid geschlagen wurde und die Flucht ergreifen mußte, wertvolle Aktentaschen beschlagnahmt worden. Aus diesen ging hervor, daß Watter nicht nur den Rapp-Putsch „mitmachte“, sondern daß er auch über alle Vorbereitungsarbeiten laufend informiert wurde.

Zeitungsverbot. Die „Mitteldeutsche Presse und Staßfurter Tageblatt“ ist wegen zweier Artikel „Der letzte Akt“ und eine „Total blamierter Regierung“ für die Zeit vom 22. bis 30. September verboten worden.

Russisch-polnischer Konflikt. Die russische Regierung hat eine Erklärung veröffentlicht, die das polnische Ultimatum zurückweist.

Rohstoffforderungen in Oesterreich. Die Technische Union in Wien, deren Mitglieder die Telephon- und Telegraphenarbeiter bilden, hat an die Regierung die Forderung nach Auszahlung eines Teuerungsbetrages von 4500 Kronen gerichtet. Die Forderung ist bis heute befristet. Die Regierung hat die sofortige Auszahlung von je 3000 Kronen verfügt und will über die anderen 1500 verhandeln.

Amerika und die Friedensverträge. Nach einer Sitzung der Senatskommission hat der Vorsitzende, Senator Lodge, Staatssekretär Hughes aufgesucht und diesem versichert, daß die Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn durch den Senat bestimmt ratifiziert werden.

Ueber 500 Tote in Oppau.

Ludwigshafen, 24. Septbr. (Gig. Drahtbericht.) Die Zahl der Todesopfer wird selbst nach Mitteilungen der Direktion der Anilinwerke 500 überschreiten. Zu den Todesopfern die als Arbeiter der Anilinwerke auf der Unglücksstätte verblieben, kommen noch zahlreiche Arbeiter von Baufirmen, die während des Unglücks mit Neubauten auf dem Fabrikterrain in Oppau beschäftigt waren. Die bisher unter den Trümmern aufgefundenen Toten sind demnach verhältnismäßig, daß sich ihre Personallisten nicht mehr feststellen lassen. Allein im Leichenhause in Ludwigshafen liegen mehr als 60 Todesopfer, die man bisher noch nicht identifizieren konnte. Die Direktion der Anilinwerke glaubt in den nächsten Tagen bereits eine Liste über die Todesopfer veröffentlicht zu können, da der am Freitag stattfindende Festtag eine gewisse Ueberfluth über den Bestand der Arbeiterchaft erlaube. Nach wie vor wird daran festgehalten, daß die Explosion in den Lagerräumen auf Selbstentzündung der lagernden Ammonsalze zurückzuführen ist. Ausdrücklich erklärt die Direktion, daß die Explosion der Salze die größte Ueberlastung für die chemische Forchung bildet. Infolge des Unglücks hat die Direktion beschlossen, von der Weiterherstellung der gefährlichen Salze abzusehen und die Fabrikation ähnlich wie in den Neunawerten, ausschließlich auf Ammoniakulfat zu beschränken.

Für die Opfer des Oppauer Unglücks sind bereits große Summen zur Verfügung gestellt worden. Außer den 10 Millionen Mark, die die Reichsregierung dem bayerischen Kabinett zu Hilfszwecken überwiesen hat, wird höchstwahrscheinlich auch das neue bayerische Ministerium nochmals 10 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Die preussische Regierung bewilligte eine Million. Die Stadt Berlin hat 100 000 Mark gespendet, die Kölner Stadtverordneten-Versammlung bewilligte 75 000 Mark. Die Stadt Mainz bestimmte für Oppau 100 000 Mark. Neben diesen Spenden sind von privater Seite ebenfalls große Geldüberweisungen vorgenommen worden. Es sind Schritte eingeleitet zur sofortigen Lieferung von Baumaterial (Glas, Ziegeln, Holz usw.) und von Lebensmitteln. Den Bemühungen des Landwirtschaftsministeriums wird es voraussichtlich gelingen, vom Allgäu vermehrte Milchmengen zur Versorgung der Kranken und Verletzten nach Ludwigshafen zu senden. Auch für die Sicherstellung von Mehl und Kartoffeln für die Versorgung Ludwigshafens sind die notwendigen Vorkehrungen eingeleitet. Das Rote Kreuz wird sich voraussichtlich unter der bayerischen Staatsregierung zur eingeleiteten Hilfsaktion in Dienst stellen. Der Wiener Gemeinderat hat 300 000 Kronen bewilligt. In Amerika werden bereits Sammlungen eingeleitet.

Mannheim, 23. September.

Die allgemeine Leichenfeier für die Opfer in Oppau wird am Sonntag vormittag in Ludwigshafen stattfinden. Alle Lustbarkeiten sind untersagt. Ein Wiederaufbauplan von Oppau ist bereits in Arbeit. Die Unterhaltung der Hinterbliebenen wurde durch sofortige Auszahlung eines Wochenlohns und 1000 M. einstuellige einmalige Unterstützung ins Werk gesetzt. Außerdem soll jede Witwe eine Rente bis zu 50 Prozent des Grundlohnes erhalten.

In Oppau wurden am Donnerstag noch bei den Räumungsarbeiten zwei Frauen lebend geborgen. Sie waren bewußtlos, erholten sich aber bald. Dadurch, daß eine ungeworfene Wand sich schräg an eine stehengebliebene Wand gelehnt hatte, entstand ein hoher Raum, in dem die beiden Frauen lagen; diesem glücklichen Umstand verdanken sie ihr Leben.

Neunzig Prozent aller Häuser in Oppau sind so zerstört, daß an Reparaturen nicht mehr zu denken ist und vollständige Neubauten erforderlich sind.

Für die Unterbringung der Obdachlosen, deren Zahl mindestens 6000 beträgt, werden sofort alle nur erdenklichen Hilfsmittel getroffen werden.

M. Mannheim, 24. September.

Gestern morgen wurde ein Arbeiter noch lebendig ausgegraben. Er lagte aus: Wenn man tiefer grabt, finde man in dem 6 bis 7 Meter tiefen Keller noch eine große Anzahl Verschütteter.

Schweres Explosionsunglück in Darel.

Auf dem Eisenwerk in Darel wurde durch Explosion einer Granate ein Hochofen in die Luft gesprengt. Zu beklagen sind acht Tote und mehrere Leichtverletzte. Der Materialschaden ist ziemlich groß. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Hamburger und Lübecker Demokraten.

Wir lesen in der Frankfurter Zeitung: „Verständnislos und mit tiefer Trauer sehen Deutsche Südamerikas auf Flaggengeweselt“. Mit den gleichen Worten beginnt Stück für Stück eine Reihe von Telegrammen deutscher Vereine in Südamerika, die den Hamburg-Amerika-

Ente zugegangen und von ihr dem Präsidenten Ebert sowie der Presse übermittelt worden sind. Mit Trauer erkennt allerdings auch das demokratische Deutschland, wie verständnislos seine überlebensfähigen Söhne dem gegenüber stehen, was hier zwischen 1914 und heute geschehen ist. Vorwürfe sind nicht gegen sie zu richten, sondern nur gegen uns selbst und unsere amtlichen Stellen, denn zur Aufklärung über den Zusammenbruch des kaiserlichen Reiches und über die Daseinsmöglichkeiten des neuen Deutschland ist draußen noch viel weniger gesprochen als bei uns in der Heimat. Woher soll den Deutschen in Südamerika Verständnis für die Unmöglichkeit nachmaliger Wenderung der in der Verfassung festgelegten Flagge kommen, wenn selbst der Generaldirektor der Spagat bei Übermittlung der Telegramme Herrn Ebert zu belehren sucht, daß die Flaggenfrage entschieden werden sollte ohne Rücksicht auf irgend welche politische Bestrebungen von rechts oder links, allein aus wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsgründen. Schwarz-rot-gold hat doch auch Symbolwert, nicht bloß für alte demokratische Tradition, sondern heute infolge der wüsten Hege gegen diese Farben für jeden, der in der demokratischen Republik die einzige Möglichkeit deutscher Zukunft sieht. Bezeichnend dafür ist ein Antrag, den die Hamburger Demokraten auf dem bevorstehenden Reichsparteitag einzubringen beschlossen haben und der folgendermaßen lautet:

„Gegenüber dem nationalstolischen Kampf gegen die neue Reichsflagge erklärt die Deutsche Demokratische Partei, daß sie an der in Weimar beschlossenen schwarz-rot-goldenen Flagge und der schwarz-weiß-rot-goldenen Handelsflagge mit der schwarz-rot-goldenen Wäpung unbedingt festhält.“

Man darf wohl annehmen, schreibt die „Frankf. Ztg.“, daß die Demokraten der größten deutschen Seestadt einiges Verständnis für unsern Außenhandel haben und ihn nicht leichtfertig aufs Spiel setzen würden.

Die „Liberale Demokraten“ nehmen bekanntlich den entgegengesetzten Standpunkt ein. Da sie von jeher sehr problematische Naturen waren, haben sie den Strich ganz gezogen und sich den Reaktionsären auf den Leib geschrieben. Wollten sie die Erinnerung an die „demokratische“ Episode nicht ganz aufgeben, bliebe auch keine andere Wahl übrig. Nun sind sie wieder im Vaterlandsparteilichen Lager angelangt, wo sie hingehören und sich auch am wohlsten fühlen.

„Deutschland hoch in Ehren“.

„Dr. Aufsichtsrat und Direktor, Graf, Verwandter eines ausl. Souverän, Imp. Erscheinung, 35 J., Reiserlaubnis in alliierte Länder, hervorragender Fach- und Kaufmann, Examinant in Deutschland und Ausland sehr gut, ehem. deutscher Militär, großes Auslandsvermögen sucht

Heirat.

Konfession und Nation gleich, evtl. durch Beteiligung Ehepartner, Offerte mit Wiesbaden, Hauptpostlagernd G. i. 2. 4.“

Und wo ist dieses Heiratsinserat? Im „Deutschen Abendblatt“ des Herrn Reinhold Wulle, „Jede Nummer ein Ereignis“ — Herr Wulle hat recht gehabt, als er beim Erscheinen seiner Zeitung dieses große Wort gelassen aussprach. Wirt ist nicht sensationell, falsch ein Inserat, in welchem einer jener bekannten Patrioten mit dem großen Vermögen im Ausland, eine süße kleine Frau angeht, gerade im Blatte des Expatrioten Reinhold Wulle zu finden? Ein Graf ist es, um den es sich hier handelt, ein deutsch-nationaler Graf natürlich. Sein Herz gehört Deutschland, seinen Geldbeutel aber hat er jenseits der deutschen Grenzpfähle! So sind die Brüder alle!

„Vom Kaiser angestellt . . .“

Vor uns liegt ein Heft „Beamtenpensionsgesetz für Reich und Preußen“. Herausgegeben im Wirtschaftsverlag (W. Sudau) Berlin SW. 48, von Knappmeyer, Reichsmilitärarmamt. Darin ist auch das Reichsbeamtenpensionsgesetz vom 31. März 1873 (18. Mai 1907) in der Fassung vom 16./17. Dezember 1920 abgedruckt. Der § 1 lautet:

„Reichsbeamter im Sinne dieses Gesetzes ist jeder Beamte, der entweder vom Kaiser angestellt oder nach Vorschrift der Reichsverfassung den Anordnungen des Kaisers Folge zu leisten verpflichtet ist.“

Nach der Fassung vom Dezember 1920 gelten also die deutschen Beamten noch als Angestellte dessen von Amerongen. Was sagt die Regierung der Republik dazu?

Dr. Heim während der Kaiserrepublik vorgeschlagen hat, Nordbayern und Franken vom übrigen Bayern zu trennen. (Sehr leise.) Die Franken sind gewiß Bayern, aber in erster Linie Deutsche. Mit den nordbayerischen Arbeitern ist der größte Teil des Wertums der Ruffassung, daß wir lediglich durch dynastische Interessen Bayern geworden, aber auf Gebet und Verberb mit dem Reiche verbunden sind. Wir hoffen, daß diese Einsicht bei der neuen Regierung nicht zu spät kommt. Die deutsche Verfassung und Republik muß gesichert werden um jeden Preis. Wir Bayern werden unsern Mann stehen. Sollte es hart auf hart gehen, dann unterstützen Sie uns und treten Sie uns zur Seite im Kampfe für die Interessen des Reiches, im Kampfe für die Interessen des gesamten deutschen Volkes. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Kerner-Ludwigshafen: Ich danke Ihnen für die herzliche Anteilnahme und Hilfsbereitschaft angesichts des furchtbaren Unglücks in meiner Heimatstadt namens meiner pfälzischen Genossen. Ein paar Worte zu den Vorgängen, über die Genosse Treu gesprochen hat. Schwere Kämpfe hat die Rheinpfalz durchgemacht, zuletzt gegen die gewissen Zentrumskräfte unter der Führung Dortens, welche die Regierung der Pfalz stürzen wollten. Die Arbeitererschaft hat sich schützend vor diese Regierung gestellt, nicht der Personen wegen, sondern um des Reiches willen, und wenn es gelang, die Landesverräter niederzuhalten, so ist das vornehmlich ein Verdienst der organisierten Arbeiterschaft. (Sehr wahr!) Leicht war der Kampf nicht und wir haben harte Straßen auf uns nehmen müssen. Diese deutsche Verteidigungsfront unterwühlt zu haben, ist das traurige Verdienst der bayerischen Regierung, ihrer Förderung der Reaktion und ihres Kampfes gegen die Reichseinheit. Bisher hat die pfälzische Arbeiterschaft allen Verlockungen standgehalten, nur die Kommunisten sind auf die bekannten Landruten gegangen. Aber die bayerische Regierung treibt ohne Rücksicht auf die Lage der Pfalz eine Politik, die unsere ganze Existenz aufs Spiel setzt. Eine Fortsetzung dieser Politik würde die schwersten inneren Erschütterungen zur Folge haben und den Bürgerkrieg nicht mehr abwenden lassen. (Lebh. Bewegung.) Die Trennung Nordbayerns und Südbayerns hat unbedingt auch die Loslösung der Pfalz zur Folge. (Hört, hört!) Die Franzosen warten nur darauf, um das Pfandobjekt zu behalten oder wenigstens ein neues Szenario zu schaffen. So arbeitet die Regierung Kahr direkt dem französischen Imperialismus in die Hände. (Zustimmung.) Wir erheben mahnen unsere Stimme gegen die Fortsetzung der bürgerlichen Politik und verlangen eine demokratische Politik im Sinne der Reichsverfassung, die den Bestand des Reiches sichert und den Wiederaufbau des deutschen Volkes sichert. (Lebhafter Beifall.)

Vorländer Weis: Der Appell der Genossen Treu und Kerner an die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie wird nicht vergeßlich sein. (Zustimmung.) Alle die es wagen sollten, die bayerische Arbeiterschaft um die Früchte der Revolution zu betrügen und damit den ersten Schritt zur Demolierung der republikanischen Staatsverfassung im Reiche zu tun, seien gewarnt, durch diese Manifestation der größten Partei im Reiche. (Sehr wahr!) Das schändliche Spitzelsystem hat in Bayern zahlreiche Arbeiter hinter Gefängnismauern gebracht. Dem Stadtrat in Pasing wurde soeben mitgeteilt, daß ein 15jähriger Junge mit Recht eine ordnungsmäßig ausgestellte Ausweiserte des Oberkommandos trage. Wieviel anständige, ehrliche Menschen mögen auf Grund der Mitteilungen eines solchen Laufjungen ihrer Familie entzogen worden sein. (Bewegung.) Schmach und Schande über ein System, das sich nur mit solchen Mitteln behaupten kann. Solche Zustände sind eine Gefahr für uns alle. Der bayerische Gesandte v. Preger hat den traurigen Mut gehabt, in bezug auf die von uns angeforderte Abwehaktion zu sagen, die Sozialdemokratie blüffe nur. Aber ich erkläre Ihnen, die deutsche Sozialdemokratie blüht nicht. (Lebh. Beifall.) Uns ist es ernst mit den Vorbereitungen die wir getroffen haben in Gemeinschaft mit allen unseren Kameraden in den Gewerkschaften und in der USV. Wir haben den Kampf vorbereitet, weil uns keine andere Wahl blieb. Wir sind als Sozialisten Fanatiker der Gewaltlosigkeit, wir wissen aber auch der Gewalt den entschlossenen Willen der Arbeiterschaft entgegenzustellen. Die getroffenen Maßnahmen machen jede reaktionäre Regierung in Bayern, auch auf kurze Frist umwälzlich. (Große Bewegung.) Die bayerischen Arbeiter mögen sicher sein: Der Kampf, den sie ausgesprochen haben, ist unser Kampf. (Allseitige Zustimmung.) Wir werden den Kampf führen, dessen Gefahren wir kennen und von dem wir die Wunden voraussehen, die er dem deutschen Wirtschaftsleben schlagen kann, mit eisernem Willen und unbeugsamer Entschlossenheit alle zusammen zum Schutz der Republik. (Minutenlanger stürmischer Beifall.)

Weldemann-Jüterbog: Auch Ostpreußen ist ein Gefahrenherd der Reaktion. Auch hier war es höchste Zeit, den Befehlungsstatus aufzuheben und die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren durchzuführen. Auch die ostpreussischen Genossen werden auf dem Posten sein. (Beifall.) Mit Rücksicht auf die tiefe Erregung, welche die letzten Erklärungen auf dem Parteitag hervorgerufen haben, und die ein normales Interesse für die anderen Beratungsgegenstände ausschließt, bricht der Vorländer Weis die Verhandlungen um 6 1/2 Uhr vorzeitig ab.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Berlin, 21. September.

3. Tag.

Nachmittags Sitzung.

Bei Beginn der Nachmittags-Sitzung war als Vertreter der belgischen sozialdemokratischen Partei Gen. de Brouckere erschienen und wird vom Vorsitzenden Weis herzlich begrüßt.

de Brouckere: Die herzlichsten Grüße Ihres Präsidenten erwidere ich aufrichtig und übermittle Ihnen aus Anlaß Ihres Parteitages den Willkommensgruß der belgischen Partei. Ich bin hierher gekommen, um Ihnen zu sagen, wie eng die Verbindung der belgischen Sozialdemokratie mit der deutschen Partei ist. Dieser Tage wollten die belgischen Nationalisten gegen den Versuch des deutschen Sozialisten Sassenbach bei uns demonstrieren. Daraufhin haben die belgischen Arbeiter eines großen Bezirks die Fabriken verlassen und 150 000 belgische Arbeiter stellen sich der Demonstration von 15 000 Nationalisten entgegen. (Stürmischer Beifall.) Mitten im Wahlkampf stehend, hoffen wir, daß diese Kundgebung auf die Wahl am 28. Oktober günstig einwirken wird. Die belgischen Sozialisten verfolgen gespannt die bürgerlichen Verhandlungen, denn sie wissen, von wie ungeheurer Bedeutung diese Beschlüsse auch für den internationalen Sozialismus sind. Wir freuen uns über die Fortschritte der deutschen Sozialdemokratie, denn sie ist die Verteidigerin der deutschen Republik. Die Sicherung der deutschen Republik ist zugleich die sicherste Gewähr für einen dauernden Frieden. Möge uns die Wiederherstellung der Internationalität und die vollständige Überwindung der Kriegsform recht bald gelingen. Für Demokratie und Sozialismus! In diesem Sinne freue ich mich, Ihnen die besten Grüße der belgischen Sozialisten überbringen zu dürfen. (Stürmischer wiederholter Beifall.)

Vorsitzender Weis: Lieber Genosse Brouckere! Der Dank der deutschen Arbeiterschaft liegt Ihnen aus dem Beifall des sozialdemokratischen Parteitages entgegen. Hier ist nicht einer im Saal, dem das Herz nicht heiß vor Freude ob dieser großartigen Solidaritätskundgebung von 150 000 belgischen Arbeitern für den deutschen Sozialisten Sassenbach. Unser Kampf gilt der Niederwerfung der Reaktion in Deutschland genau so wie Sie in Belgien den Kampf gegen nationalstolischen Uebermut führen. (Stürmische Zustimmung.) Unter neuen Beifallkundgebungen reihen sich Weis und Brouckere die Hände.

Die Debatte über den

Bericht der Reichstagsfraktion

geht weiter. Wiemer-München schildert die Verleumdung der Arbeiterkassen und der kleinen Beamten. Der Steuerabzug belastet einseitig die Arbeiter und Angestellten. Man sollte von jedem Arbeitgeber für jeden von ihm beschäftigten Arbeiter einen Teil des Mehrwertes in der Form von Steuern erheben.

Lutze Schröder-Altona fordert besondere Wahrnehmung der Interessen der Laubstümmen durch die Reichstagsfraktion und bittet das geringe Interesse vieler Parteiblätter und Parteiorganisationen an den Fragen der unehelichen Mutterschaft, der Schwangerschaftsunterbrechung usw.

Reber-Jena: Das Sperregesetz für die Befolgungsgesetze in den Ländern ist an sich gut, aber seine Ausführung bringt die Länder oft in große Schwierigkeiten und zwingt sie, ihren Beamten Gehälter vorzuenthalten, die sie sonst bekommen würden.

Dr. Kanne-Frankfurt: Wir in Frankfurt sind zusammen mit den Kommunisten für die Freilassung der politischen Gefangenen eingetreten, weil nach unserer Meinung die Gerechtigkeit eine Sache ist, die alle Anständigen Menschen angeht. Die Justiz hat nach rechts geschlagen, nach links aber geht sie rigoros vor.

Knaack-Hamburg: Das Unglück in Oppau muß unseren Blick auf die Unzulänglichkeit der Sozialgesetzgebung lenken. Das Gland der Arbeiter-Innosiden, Kriegsinvaliden und kleinen Rentner schreit nach Abhilfe. Für die verbrecherische Rüstpolitik der Kommunisten gibt es keine Entschuldigung, sonst könnte man höchstens auch noch die Erzberger-Körder entschuldigen.

Schumacher-Stuttgart fordert von der Reichstagsfraktion die Aufhebung des Verbots des Reichsmilitärschutzes der Berufssozialisten. Selbst die rein bürgerliche Regierung Württembergs hat gegen die Zulässigkeit dieses Verbotes protestiert. Der wahre Grund der Verfolgung ist, daß der R. d. B. sich in den Kaputtgängen einwandfrei republikanisch gezeugt hat, und die Soldaten als Staatsbürger mit bestimmten Rechten ansieht. Statt dessen will man aus den Reichswehroffizieren Schutzmännchen in der Hand der Offiziere machen.

Bayern auf dem Parteitag.

Treu-Nürnberg: Wir Bayern haben bisher geschwiegen aus politischen Gründen und baltischen Erwägungen. In dieser Stunde vollzieht sich in München die Wahl des neuen Ministerpräsidenten. Kahr ist für seine Person erledigt. (Beifall.) Ob auch das System Kahr fällt, wissen wir nicht, aber wir hoffen es im Interesse Bayerns und der deutschen Republik. Ich habe Ihnen im Namen der bayerischen Delegation ein Versprechen abzugeben. Durch die Politik der Regierung Kahr haben sich die Verhältnisse so entwickelt, daß Bayern neben Ungarn als das reaktionärste Land in ganz Europa verufen ist. (Sehr wahr!) Es bildet eine akute Gefahr für den Staat der deutschen Republik. Diese Gefahr für immer zu beseitigen, muß und wird in erster Linie Aufgabe der bayerischen Sozialdemokratie sein, entweder mit oder gegen die neue Regierung. (Bravo!) Die Reichsverfassung ist von Bayern in beispielloser Weise bekämpft und sabotiert worden. Am letzten Sonntag hat der ungetrübte König von Bayern, Dr. Heim, die unwahre Behauptung aufgestellt, daß 70 Prozent des bayerischen Volkes Gegner der Verfassung seien. (Oh-Rufe.) Wo findet denn Dr. Heim 70 Prozent Verfassungsgegner? In Franken, Schwaben und der Pfalz jedenfalls nicht. (Zuruf: Bei uns in Mittbayern auch nicht!) Oder will man behaupten, daß wir keine Bayern sind? (Zuruf: Bayern ist nur noch in Wiesbad!) — Schallende Heiterkeit.) Der Ausnahmezustand bestand nicht für die Totengräber der Republik, aber alle Freiheitsfreunde und Republikaner wurden von der Polizei mit Gummiknüdeln durch die Straßen getrieben. (Pfui-Rufe.) Der Stadtrat von Nürnberg, der zweitgrößten Stadt Bayerns, hat wiederholt einstimmig mit den Vertretern der bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen beschlußmäßig die Aufhebung des Ausnahmezustandes verlangt, aber der 31. August hat den Arbeitern und Bürgern den Belagerungsstatus recht deutlich zum Bewußtsein gebracht. Die ganze bewaffnete Macht war aufgebieten, zu Fuß und zu Pferde, mit Panzerautomobilen, Karabinern, Gummiknüdeln und 78 Patronen für jeden Mann. (Rufe Pfui-Rufe.) Dabei hat die friedliebende Bevölkerung nichts weiter getan, als in eimer tiefenversammlung von 50 000 Personen für die Republik und gegen den politischen Meuchelmord demonstriert. (Hört, hört!) Soweit ist es unter dem Regime Kahr in Bayern gekommen, daß alle monarchistischen Kundgebungen unbehelligt bleiben, aber wer für Verfassung und Republik demonstriert, läuft Gefahr, über den Haufen geschossen zu werden. In Koburg gab es einen Toten und 20 Verwundete, die die Verfassungstreue mit ihrem Blut bezahlen mußten. (Stürmische Pfui-Rufe.) So kann und darf es in Bayern nicht weitergehen. Ist die neue Regierung bereit, diese Zustände zu beseitigen, und mit eisernem Befehl auszuführen, dann kann sie auf die Unterstützung der bayerischen Arbeiter rechnen. Will sie aber das System Kahr beibehalten und die Grund- und Capitel der Reichsverfassung weiter unterminieren, dann geben wir das feierliche Versprechen, daß in Bayern ein Kampf beginnen wird, wie ihn Deutschland bisher noch nicht erlebt hat. (Bewegung und Beifall.) Wir sagen in aller Ruhe und Deutlichkeit — um Worte von Dr. Heim zu gebrauchen — wir lassen uns das nicht mehr länger bieten! (Stürmischer Beifall.) Kommt es nicht zu einer für das bayerische Volk erträglichen Lösung der Dinge, so kann das von unabsehbaren Folgen begleitet sein. Ich möchte wünschen, daß man sich in München nicht täuscht. Das Maß ist voll bis zum Überlaufen. Wir sehen nicht länger zu, wie Bayern immer mehr das Aufmarschgebiet wird, um von dort aus die deutsche Republik zu menseln. Geht es so weiter, dann ist es Zeit für die Reichsregierung, nicht mehr zu verhandeln, sondern zu handeln. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Die bayerische Arbeiterschaft wird hinter ihr stehen, wenn es darum geht, die deutsche Republik zu schützen. (Lebhafter Beifall.) Zu diesem feierlichen Versprechen füge ich eine Bitte an Sie alle, aus Nord und Süd, aus Ost und West, wenn es zum Kampfe kommt, so stehen Sie alle geschlossen hinter uns. (Bravo!) Es ist Ihr Kampf, den wir ausfechten müssen, und es wird Ihr Sieg sein, den wir erringen. Die Mittel und Wege brauchen wir hier nicht zu erörtern. Wir werden auch solche Mittel anwenden, wie sie bisher im politischen Leben noch niemals zur Anwendung gekommen sind. (Bewegung und Beifall.) Man hat versucht, uns zu Landesverrätern zu stampeln, weil wir als einer der Kampfmittel auch die Abtrennung von Bayern in Rechnung gestellt haben. Jedenfalls werden wir keine Reichsverräter werden. Wir haben unser Land mindestens ebenso wie alle anderen Leute, nur tragen wir die Liebe nicht auf der Zunge, sondern im Herzen. (Sehr gut!) Aber wir kennen auch unser Recht aus Artikel 18 der Reichsverfassung und haben nicht vergessen, daß Kaiserzeit

Devisen-Kurse.

Berlin, 23. September.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
		23. Sept.	22. Sept.
Amsterdam	100 fl.	3438.55	3434.05
Brüssel (Antwerpen)	100 Fr.	785.70	787.70
Kristiania	100 Kr.	1363.60	1373.60
Kopenhagen	100 Kr.	1923.05	1930.25
Stockholm	100 Kr.	2372.60	2375.10
Helsingfors	100 finn. Mk.	169.80	171.80
Rom	100 Lire	444.55	448.55
London	1 £	404.80	404.55
New York	1 Doll.	108.14	108.64
Paris	100 Fr.	766.95	766.70
Zürich	100 Fr.	1888.10	1875.60
Madrid	100 Pesetas	1403.55	1398.60
Wien	100 K.	9.25	9.48
Budapest	100 K.	16.48	16.58
Prag	100 K.	126.10	126.85

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 23. September 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsrt	Fahrzeit	
					Tage	Std.
S.	Caabet	Hansen	Söby		10	
S.	Anna	Wipps	Randeb		5	
S.	Marie	Melahr	Warnemünde		2	
S.	Peters	Olsen	Rostock		8	
S.	Jbun	Wittelsm	Nyftad		1	
S.	Delphin	Bastanovich	Nyftad		1	

Angekommen am 24. September 1921.

D.	Wille Ocean	Andersen	Odense	1
----	-------------	----------	--------	---

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Freiwirtschaft: Dr. Hermann Bauer; für Freiwirtschaft Lübeck und den übrigen Teil August Schütz; für Inkerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg, Druck und Vertrieb: Kreyer & Co., Lübeck in Lübeck.

*„Nun merk' De' Brand, Liebe Maus
Zur Wäsche magst Du Persil in's Haus“*



Denn erstens wäscht es wundervoll, zweitens
schont und erhält es die Wäsche und drittens
spart es Arbeit, Wasser und Kohlen.

PERSIL

ist das beste selbsttätige Waschmittel!

Überall erhältlich in allen Geschäften, Kolonialwarenhandlungen

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie., Düsseldorf.**

6825



6890

Lübecker Opferwoche.

Damen, die bereit sind, die Aufsicht bei der Hand-
arbeitsausstellung mit zu übernehmen, wollen sich gütigst
am Montag und Dienstag von 8-5 Uhr, Königstr.
19. Fernsprecher 8744.

Ich habe mich in Lübeck als Rechtsanwalt nieder-
gelassen. Meine Büroräume be-
finden sich Kohlmarkt 1, L.
Fernsprecher 718.
Dr. jur. Franz Bendfeldt.
Lübeck, 22. September 1921. (6878)

Wir haben uns zu ge-
meinsamer Ausübung der
Anwaltspraxis verbunden.
Weyrowitz,
Rechtsanwalt und Notar.
Dr. Bendfeldt,
Rechtsanwalt.
Lübeck, 22. September 1921. (6878)

Mettwurst

Empfehle eine Partie ger.
Pfd. Mt. 21.00 u. 22.00.
Am Montag Abgabe von reinem
Speckschmalz Pfd. 12.50
Bratenschmalz Pfd. 9.00
(Gefäße mitbringen.) (6868)
Heinrich Vick, Bedergrube 21.

Wie neu bekommen Sie Ihre
alten Damen-
Hüte jeder Art durch
Reinigen, Färben u.
Umpressen
nach der neuesten
Form. Alte Herren-
Damenhüte werden
umge-
arbeitet. Günstigste
fachmännliche Ausführung, schnelle Be-
rechnung, billigste Berechnung.
Neue Damenhüte von 40 Mk. an
Seidnen Sie bitte meine Schanzker.
Wiener Hutgeschäft Holzblatt, Markt. 49.

Brenntorf - Verkauf

ab Schuppen 2. Wallstraße 35.
Prima Brenntorf a 3tr. 12.- Mk.
Chr. Plath
Kontor: Hansastr. 29a.
Telephon 3344. (6898)

Wulf ist ein gutes und
billiges
Seifenpulver
frei von schädlichen
Bestandteilen.
Das Pfund-Paket 3.50 Mk. Überall erhältlich
Herd: Wasch- u. Reinigungsmittel-Fabrik Lübeck
Kontor: Mühlendstraße 21. (6882) Fernspr. 3205.

! Bin genügend bekannt !
Wenn ich auch keine Preise
festsetze, zahle trotzdem hö-
here Preise für sämtliche
Sorten Werkzeuge, Gum-
men, Knochen, Alt-Eisen, Alt-
Metalle sowie sämtl. Felle.
NB. Bevor Sie anderweitig
verkaufen, erkundigen
Sie sich bitte erst nach den
Preisen. Ankauf nur
28 Dantwartsgrube 28
R. Lissauer. (6892)

Erfinder
kostenlos die
10 Gebote,
Ingenieur Müller & Co.
G. m. b. H.
Holzpl. 5, Dantwartsgr. 68
Ansb. - Anm. d.
Modell - Kassenstell.
(6848)

Geschäfts-Übernahme.

Den geehrten Einwohnern von Lübeck zur gefl. Kenntnis, daß ich die
Drogerie „Zur Glocke“
Glockengießerstraße 46

erworben habe. — Nach sorgfältiger Renovierung des Geschäfts und
Aufnahme aller ins hoch schlagenden Kritik wird es mein eifrigstes Be-
streben sein, die mich besuchenden Kunden durch fachmännische und aufmerk-
samste Bedienung zufrieden zu stellen.
Durch Führung nur guter Waren zu solchen Preisen werde ich das in
mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen suchen.
Ich bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und zeichne
hochachtungsvoll
Walter Seiffert. (6898)

Jeden Sonntag (6891)
und Donnerstag:

Adlershorst. Ball.

Morgen Sonntag: (6827)
Luisenlust. Tanz.
Eintritt und Tanz frei.

Weißer Engel. BALL.

Jeden Sonntag
Eintritt frei.

Grudekoks
Liefere ich jede gewünschte Menge,
auch 25 oder 50 Ztr. oder ladungsweise.
Für Händler besonders günstige Preise
Adolf Borgfeldt
Mühlendstr. 86/44. Lübeck Telephone 672
(6826)

Bequem! Sauber!
„Thermidor“
Herde u. -Oefen
sind im Gebrauch u. Anschaffung
am billigsten! (6828)
Täglich im Betrieb zu sehen
Gg. Krach,
Lübeck, Glockengießerstraße 50.
Billig! Wirksam!

Lübecker Opferwoche.
Ausstellungsgegenstände für die Hand-
arbeitsausstellung vom 1. bis 10. Oktober
werden Montag, Dienstag, Mittwoch und
Donnerstag von 3 bis 5 Uhr, Königstr. 19,
entgegengenommen.
Für unentgeltliche Ueberlassung von
Handarbeiten für unsere Verlosung wären
wir ganz besonders dankbar. (6892)

Uhrmacher
Fünfhausen 13
Uhren- u. Goldwarenhdlg.
u. Reparaturwerkstatt (6896)

Private Buchhaltungskurse.
Der Unterricht beginnt
am 11. Oktober, der Ober-
kursus am 10. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr. (6829)
Karl Hinzpeter,
Wallstraße 5.

Blockwagen
wegen Aufgabe ganz enorm
billig (6844)
Karl Hinzpeter,
Wallstraße 5.

Karl Nielseh
Schmiederei und Rohr-
fußflechter jetzt (6874)
Große Grube 18.
Nur noch bis 1. Oktober!
Tapetenreste,
Rolle von 1.80 Mt. an.
Adler-Drogerie
Emil Hahn,
Schwartauer Allee 32
Ede Ratienstr. (6872)

Asthma
kann geheilt werden. Sprech-
stunden in Lübeck, Lübeck-
straße 3 a (Benj. Helms)
jeden Freitag von 10-11 Uhr.
Dr. med. Alberts,
Spezialarzt, Berlin S. R. 11.

Achtung!
Metalle, Eisen, Lampen,
Zeitung, Papier etc. taufst
zu höchsten Preisen (6864)
in Lübeck, Glockengießerstr. 61

Arbeiter-Turn- und Sportverein Lübeck.

Einladung zum
28. Stiftungsfest
verbunden mit turnerischen Aufführungen
am Sonntag, dem 25. September 1921
im Gewerkschaftshaus.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt Herren 3 Mt., Damen 2 Mt., ausschl. Steuer.
(6896) Das Komitee.
NB. Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.

Volkshochschule. Die Anmeldefrist ist
verlängert worden. Der Unterricht beginnt erst am
3. Oktober. Der Sonnabend-Vortrag am 24. Septbr.
findet nicht statt. Damen und Herren, die die Absicht
haben, Lehrgänge in der Volkshochschule zu belegen,
erhalten den Unterrichtsplan kostenlos in der Geschäfts-
stelle und in den hiesigen Buchhandlungen. (6866)
Der Verwaltungsausschuß.

Betriebsräte-Zentrale

A. D. G. B.-AFA. Lübeck.
Montag, den 26. Septbr., abends 7 Uhr:
General-Versammlung
aller Betriebsräte, Betriebs-
obleute, Arbeiter- u. Angestellten-
räte, sowie der freigewerkschaft-
lich organisierten Vertrauensleute
der Zwergebetriebe
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Gen. Bauer, Hamburg: Unsere
nächsten Aufgaben.
2. Der Unterrichtsplan für W. R. im Winterhalb-
jahr 1921-22.
Das Erscheinen aller Obengenannten ist unbedingt
erforderlich. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Ver-
bandsbuches und der Legitimationskarte. Stimmkarte
mitbringen! (6895)
Die Betriebsrätezentrale.

General-Versammlung

Quartett „Italia v. 1903“
Chormeister Otto Hauschild.
Sonntag, 25. September
Grosser Ball
im Kolosseum.
Anfang 6 Uhr. (6843) Der Festausschuß.

Zentralhallen

Gr. Tanzkränzchen.

Arbeiter-Bildungsverein
Lübeck.
Vorstellung
im Stadttheater
am Sonntag, dem 2. Oktober 1921,
nachmittags 2 Uhr:
Die Zauberpflöte.
Oper von Mozart.
Preis der Karte 4.50 Mt. einschl. Steuer.
Karten sind im Gewerkschaftshaus zu haben.
Mitglieder erhalten Karten a: Montag abend
von 7-8 Uhr daselbst. (6845) D. Vorstand.

Waisenhof

Jeden Sonntag u. Freitag:
Tanz. (6890)

Geschäfts-Eröffnung

Dem geehrten Publikum
von Lübeck erlaube ich mir
anzukündigen, daß ich
Mittelstr. 20 a
ein (6878)
Friseur-Geschäft
eröffnet habe.
Indem ich mich bemühen
werde, die Kundschaft zur
vollen Zufriedenheit zu be-
dienen, bitte ich um gütige
Unterstützung.
Hochachtungsvoll
Emil Boeck,
Friseur.

Johannishof

Johannisstr. 5 (6877)
früher Pierdestall
Täglich: Zitherkonzert.
Anf. 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Konzerthaus
Lübeck.
Für die Winter-
saison sind meine
Säle und
Klubzimmer
noch einige Sonn-
u. Wochentage frei.
Heinz Cyriacks.
Tel. 408. (6888)

Lindenhof

Israelsdorf.
Am Sonntag: (6894)
In den Veranden: **Konzert.**
Eintritt frei.
Im Saal: **Vornehme Ballmusik**
Anfang 4 Uhr nachm.
Tel. 1910. Victor Klempan.

Friedrich-Franz-Halle.

Jeden Sonntag: (6885)
Tanz.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
Sonabend, 1. Oktober:
Großer Ball

Flora

Sonntag:
TANZ
Eintritt frei. (6888)

Trocadero

Schiffelb. 4. Fernspr. 787.
5-Uhr-Tea
Erno-Schädel-Konzert.
Angenehmer Aufenthalt.

HANSA-THEATER

Heute Sonnabend sowie
Sonntag u. Montag
abends 7 1/2 Uhr:
„Wenn Liebe erwacht“
Operette in 3 Akten
von Eduard Künneke.

Stadttheater Lübeck.
Sonnabend, 24. September
keine Vorstellung wegen
Vorbereitung zur Blauen
Maure.
Sonntag, 25. Sept., 2.15 U.
2. Freilichtvorstellung.
Die Zauberpflöte.
Sonntag, 26. Sept., 7.30 U.
Neue Welt!
Neue Welt!
Operette v. Franz Lehar.
Montag, 26. Sept. 7.30 Uhr.
4. Volkst. Konzert im
Stadttheater.

Dienstag, 27. Sept. 7 Uhr.
Wallenstein's Lob. 2. U.
7. U. Dorf. Buchst. C.
Kammerspiele des Stadttheaters.
Fünfhäufen 17/19.
Sonntag, 25. Sept. 7.30 U.
Maria. (6769)

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 24. September.

Bürgerchaftswahl 1921.

„Ein dreifaches Hurra!“ so ruft der Schmock. Wir haben ihn endlich, den Bürgerblock. Mit vieler Mühe ward er gefestigt. Wir haben ein großes Problem gemeistert!

So sind sie nun all' unter einem Gut Und machen einander mit Worten Mut; Jetzt werden die Sozi' gewiß unterliegen, Im Zeichen des Blockes werden wir siegen!

Und also hat man — die Sache eilt — Auch kurzerhand die Mandate verteilt: Wenn wir die Sache nur richtig beginnen, Dann müssen wir 42 gewinnen.“

Den Hauptanteil davon bescheidenen Sinnes Nimmt für sich in Anspruch die Marke Stinnes. Was übrig bleibt, das überläßt man in Gnaden Den Helfersleuten und „Demokraten“.

Auf diese Art hält man — das glauben wir gern — Parteipolitik vom Rathause fern. Es herrscht wie einst der Senat absolut, Wenn er eines Blockes Willen tut.

Doch leider hat eure Rechnung ein „Wenn“: Man teilt nicht das Feil, man hätte es denn! Gleich wie den Vohgerbern wird es euch gehen Am Tage der Wahlen. — Auf Wiedersehen!

Otto.

Gegen den Wucher.

Die Preise steigen sprunghaft, von Woche zu Woche wird alles teurer. Angst und Schrecken erfüllt die minderbemittelte Bevölkerung, wenn sie an den Winter denkt. Da nützen keine Ermahnungen, wie der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft sie kürzlich in der Kartoffelpreisfrage erlassen hat, worin es u. a. heißt, daß man das übermäßige Anziehen der Kartoffelpreise für ein großes Unglück halten würde, jedoch dürften die Befürchtungen, die das Publikum hinsichtlich der Kartoffelpreise zeitigt, vielfach übertrieben sein. Die Preise sind in der letzten Zeit ständig gesunken und liegen in den Haupterzeugungsgebieten zwischen 40—45 Mark. Wenn sich auch der Umfang der Ernte noch nicht übersehen läßt, so lauten doch aus wichtigen Erzeugungsgebieten die Nachrichten durchaus günstig. Insbesondere aus Pommern wird berichtet, daß dort mit einer guten Mittelernte gerechnet werden kann. Von besonderer Wichtigkeit ist es daher, daß das Publikum nicht die Nerven verliert und aus unberechtigter Besorgnis sich zu Preisen mit Kartoffeln einbeißt, die durch die Lage nicht gerechtfertigt sind.

Solche Beschwichtigungen nützen gar nichts. Wenn nicht härter zugepackt wird, machen die Agrarier was sie wollen. Da ist es erfreulich, daß, wie bereits gestern kurz berichtet, der preussische Minister des Innern einen Erlaß herausgegeben hat, der sich scharf gegen den Wucher richtet. In dem Erlaß wendet er sich besonders gegen die in den letzten Wochen sich auffällig mehrenden wucherischen Preissteigerungen, die die weite Kreise der Bevölkerung beunruhigen und in einzelnen Fällen bereits zu Ausschreitungen geführt haben. Die vielfach zu beobachtenden Preissteigerungen stehen in keinem Verhältnis zu den unbestritten vorhandenen wirtschaftlichen Ursachen und erstrecken sich auch vielfach auf solche Gegenstände, die noch zu den alten Preisen erworben sind. Oft werden Erzeugnisse künstlich zurückgehalten, um sie nach ihrer Preissteigerung erst abzusetzen. Es wird als unabwendbare Pflicht der zuständigen Stellen bezeichnet, mit allen Mitteln und größtem Nachdruck hiergegen vorzugehen. Der Minister ersucht daher alle Dienststellen, die Preise der Gegenstände des täglichen Bedarfs, besonders der Lebensmittel, einer eingehenden dauernden Überwachung zu unterziehen. Den wucherischen Machenschaften soll unter allen Umständen und mit größter Entschiedenheit nach Maßgabe der Verordnung gegen die Preisstreiberer und des Gesetzes gegen Schleichhandel, Preistreiberer usw. entgegengetreten werden.

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

8. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Am wehrlosesten war Herr Apfel den Bräutchen gegenüber. Sie erinnerten ihn an die dunklen Trauben. Die die süßigsten waren.

Verschiedene Vermutungen stritten in Herrn Apfel, warum es nicht gelang, die Richtige zu finden. Mit dem Mädchen, in das man verliebt war, konnte man am schlechtesten sprechen. Man wagte auch nie recht, sie anzusehen. Schaute man sie sich über wirklich einmal an, fand man alles schön an ihr. Ihr Keucheres, ihr Geruch, ihr Getue. Das war das Gefährlichste. Später dagegen ändert sich das. Was zu einem gehört, wie ein Teil von einem selbst, hält man nicht mehr für ein Wunder.

Anton erlaubte sich, sich darüber zu wundern, wie ein Mann, erfahren, geschickt, handlungsgewandt und auf eigenen Vorteil bedacht, zweimal die gleiche Dummheit begehen könne.

Natürlich machte Anton diese Bemerkung nur ganz im allgemeinen zum Thema.

Trogdem sagte Saphir: „Nichts für ungut, Herr Apfel.“ Und hob sein Glas gegen den Gast.

Herr Apfel erwiderte mit vollem ausstößenden Schluß und lagte dann, daß die Rechnung des Herrn Anton nicht stimme. So unantastbar dieser auch in seinen Geschäftsbüchern sei. Man müsse hier die Zahl zwei im Verhältnis zu den etwa tausend Mädchen berechnen, die es im engen Umkreis der Burg gäbe. Dann kämen das Zifferchen einschuldbar klein.

Man muß Spaß verstehen. Darum war Herr Apfel eigentlich gar nicht unglücklich in seinen Ehen. Der Fehler war nur, daß ihn bald nach der Hochzeit die Unruhe stürzte, ob es mit einer andern nicht noch netter gewesen. Seine erste Frau war kränklich gewesen und immer ohne Appetit, obwohl sie vorzüglich kochen konnte. Eine Frau aber, die nicht richtig mit einem essen kann, versteht auch nicht richtig zärtlich zu sein. War die Erfahrung dieser Ehe geworden. Trogdem hatte ihm bei der Wahl seiner Zweiten nur bestimmt, daß sie fein und zart wie eine Puppe war. Sie warf französische Broden in die Hausführung, denn sie war in einem Institut der französischen Schweiz erzogen. Dort hatte sie auch kochen gelernt. Nach dem Kochbuch, Theorie und Praxis kommen sich oft in die Quere. War das

Hoffentlich bleibt der Erlaß nicht auf dem Papier stehen, sondern wird schonungslos gegen die Bluffinger der Konsumenten angewandt.

Bürgerchaftskandidaten gesucht. Der Bürgerblock erlaubt in den hiesigen bürgerlichen Zeitungen einen von der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Demokratischen Partei und vom Zentrum unterzeichneten Aufruf. Darin wird u. a. hoch und heilig beteuert, daß der Kampf des vereinten Bürgertums sich nicht gegen die Lübecker Arbeiterchaft richtet, sondern gegen die verderblichen Experimente der Sozialdemokratie und gegen den Klassenkampfgedanken. Dann werden alle Verbände und Organisationen aufgefordert, die glauben, ein Recht auf Vertretung im Parlament zu haben, ihre Wünsche bei den einzelnen Parteien vorzubringen. An Kandidaten wird es schon nicht mangeln; denn es gibt im Bürgertum genug Leute, die nach einem Bürgerchaftsstück angetan. Ob sie ihn aber bekommen, ist noch sehr fraglich, die hiesige Arbeiterchaft hat dabei ein gewichtiges Wort mitzureden. Das weiß man auch, und darum buhlt man um die Stimmen der Arbeiter. In allen bisherigen Rundgehungen des Bürgertums wird immer mit Zeitdruck hervorgehoben, daß man nicht die Arbeiterchaft, sondern die Sozialdemokratie bekämpfen will. Dieses edle Bekenntnis genügt für uns. Die Sozialdemokratie ist seit Jahrzehnten die Vertreterin der Arbeiterchaft, der minderbemittelten Volksschichten. Sie ist stets für diese eingetreten und wird das auch ferner tun. Aus dieser Erkenntnis heraus schoren sich die Massen immer mehr um die Fahne der Sozialdemokratie. Wer also die Sozialdemokratie bekämpft, bekämpft auch die Arbeiterchaft. Das ist eine feststehende Tatsache; da hilft kein Deuten und Drehen. Ja, aber der Klassenkampf, welcher ein Schredgespenst für den Spießbürger. Der vereinte Mißmach stellt sich den Klassenkampf nicht anders vor, als die äußersten Rechtsparteien ihren politischen Kampf führen, nämlich mit Revolver und Dolch und Kapp-Putsch, deswegen fallen die Spießbürger von rechts immer gleich auf den verlängerten Rücken, wenn sie vom sozialdemokratischen Klassenkampf hören. Und die Demagogen von rechts nutzen diese Spießbürgerliche Angst natürlich weitlich aus, wie sollten sie sonst auch ihr Ziel erreichen. Freilich führt die Sozialdemokratie den Klassenkampf nicht so, wie die Rechte ihn führt, also nicht mit Revolver und Dolch und Meuchelmord, nicht gegen Personen, sondern als Vertreterin der Hand- und Kopfarbeiter, als Vertreterin der breiten Masse der Bevölkerung, gegen die Interessen der Wucherer, Schlemmer und Kapitalisten. Möge der Bürgerblock also den Kampf unter der Parole aufnehmen: Gegen die Sozialdemokratie. Die Arbeiterchaft wird schon dafür sorgen, daß ihre Partei, die Sozialdemokratie, den Sieg erringt.

Der Kampf der Hausbesitzer.

Gegen Zwangshypotheken. — Eigene Bürgerchaftskandidaten.

Der Neue Haus- und Grundbesitzerverein hielt am Freitag abend in den Zentralhallen eine öffentliche Versammlung ab, die stark besucht war. Herr Dietrich, der die Versammlung leitete, betonte, daß die Haus- und Grundbesitzer von der Zwangswirtschaft bis zum Ueberdruck gestützt seien und den dringenden Wunsch hätten, sie samt dem Einigungsamt befreit zu sehen. Darauf nahm Herr Stadtrat Sumar-München das Wort zu seinem Vortrage über „Die Belastung der Haus- oder Sachwerte durch Zwangshypotheken.“ Er erklärte einleitend, daß der Vortrag rein wirtschaftlicher Natur sei und nichts mit Politik zu tun habe. Dann zeigte er zahlenmäßig, welche ungeheure Lasten dem deutschen Volke durch den verlorenen Krieg aufgebürdet worden sind und welches Defizit der Reichshaushalt aufweist. Es sei daher erklärlich, wenn nach neuen Einnahmequellen Umschau gehalten würde. Sollten aber alle Lasten bezahlt werden, so hieben von den 244 Milliarden Volks-einkommen nur 57 Milliarden zur Bestreitung der eigenen Bedürfnisse übrig. So hoch wie die Steuern auch sein würden, eine solche Volksbelastung sei unmöglich. Die Finanzämter hätten völlig versagt und seien nicht in der Lage, die jetzigen Steuern einzuziehen, was bei neuen und vermehrten Steuern erst recht nicht der Fall sein würde. Hätte man die bestehenden Steuern voll eingezogen, vor allem aber auch die Schieber gepackt, dann wäre das Defizit nicht so groß. Vergessen dürfe man auch nicht, daß viele Fabrikanten und Kapitalisten keine Steuerer-anlagen erhalten hätten und daher überhaupt keine Steuern zahlten. Der Redner beschäftigte sich dann mit den neu geplanten

Steuern, mit der Besteuerung des Gastwirtsgewerbes, der Veredelung des Reichsnotpfers, des Vermögenswachses usw. Wie aber alle diese Steuern durchgeführt werden sollten, das wisse niemand, selbst die Gesetzgeber nicht. Wenn nun die Werte erfasst werden sollen, so sei das angesichts des Defizits und der großen Lasten verständlich; es müsse aber der gesamte Besitz getroffen werden. Die geplante Belastung des Haus- und Grundbesitzes hielt der Redner für ungerecht und für allgemein schädlich. Der Hausbesitz habe schon durch die Zwangswirtschaft und durch die Niederhaltung der Mieten ständig bluten müssen. Dadurch sei das Wohnungsgeld sehr verschärft worden. Anstatt das Geld für Mieteinigungsämter auszugeben, hätte man Wohnungen dafür bauen sollen. Auf die Mieteeinigungsämter war der Redner besonders schlecht zu sprechen, da sie nicht nach wirtschaftlichem Bedürfnis, sondern oft nach Willkür urteilten. Als Mitglied des Reichswirtschaftsrats kennt Sumar die Vorschläge, die zur Erfassung der Sachwerte ausgearbeitet sind. Er ging auf alle Probleme ein. Besonders verwerflich hält er die Eintragung einer 10prozentigen Grundschuld als erste Hypothek, womit der Staat dann seine Auslandsverpflichtungen decken will. Dadurch würde nicht nur die bestehende Mietsicherheit gefährdet, sondern auch dem Ausland ein Besitzrecht eingeräumt. Für Landwirtschaft und Industrie sei das selbste geplant; alle seien sich aber in der Bekämpfung des Planes einig. Sumar glaubt sogar, daß der Landwirt, wenn dieses Problem gelöst werden sollte, als Gegenmittel die Produktion einschränken anwenden wird und die Städte nicht mit Lebensmitteln versorgt. Alle Haus- und Grundbesitzer, Industrie und Landwirtschaft, seien Gegner dieser Belastung. Die Ausbringung der Mittel durch Devisen sei der einzig gangbare Weg. Die staatliche Grundschuldhypothek müsse, so schloß der Redner unter lebhaftem Beifall, mit allen Mitteln bekämpft werden.

In der Aussprache wurden mehrere Fragen an den Redner gerichtet, die er beantwortete. Ferner wurde besonders hervorgehoben, daß man eigene Bürgerchaftskandidaten aufgestellt habe. Jeder müsse für deren Wahl eintreten. Man behauptete sogar, daß, wenn nicht recht viele ihrer Kandidaten gewählt würden, der Hausbesitz gänzlich zugrunde ginge. In einem am Saaleingang verteilten Flugblatt heißt es u. a.: „Es muß hier nur die eine Tatsache festgehalten werden, daß von dem Ausfall der diesmaligen Bürgerchaftswahl der Fortbestand des privaten Hausbesitzes und des gewerblichen Mittelstandes in Lübeck überhaupt abhängt.“ Es wird wohl nicht viele Wähler glauben, die sich auf ein solches Urteil verlassen. Eins aber werden viele glauben: sollten die Hausbesitzer ihr Ziel, die Beseitigung der Zwangswirtschaft, erreichen, daß dann die Mieten ins Angehörerliche gewürgelt werden. — Folgende Entschlieung fand einstimmig Annahme:

1. Die von der Reichsregierung geplante Goldwangrundschuld bedeutet in ihren Folgen nichts anderes als eine entschuldigungslose Enteignung des privaten Grundeigentums zugunsten des Staates, die völlige Erschütterung des Realcredits, Vernichtung der privaten Produktions- und Steuerkraft und letzten Endes die Auslieferung des deutschen Grundbesitzes und der deutschen Industrie an den Feindbund, damit die Vereidung des deutschen Arbeiters und Verschlagung des ganzen deutschen Volkes. Das Wort vom Goldwert der Sachgüter ist nur ein gemeingefährliches Schlagwort. 2. Der Neue Grundeigentümer-Verein Lübeck und



6891

1.—10. Oktober 1921:

Lübecker Opferwoche zur Linderung winterlicher Not.

Gaben nehmen alle Banken entgegen.

Winchen wollte wissen, ob es wahr sei, daß Schornsteinfeger Glück brächten. Sie träume häufig von solchen und spiele in der Lotterie.

„Schnäcksnad, Aberglauben, Dummheit,“ knarrte Herr Anton und schlürfte fort.

In der Tür wendete er sich noch einmal zurück. Um Winchen zu sagen, daß sie Auf an der Nasenspitze habe.

Winchen dankte erötend.

Sie stellte sich auf die Zehenspitzen, um in den Spiegel sehen zu können. Mandelsteeke tat ihre Pflicht. Ihr scharfer Duft krabbelte... Winchen dachte, daß sich Herr Anton also ihre Nasenspitze doch recht genau anzusehen scheint. Von Herrn Anton hätte sie so etwas nicht gedacht.

Aus dem Wohnzimmer drang noch immer das Geräusch der Klöße.

Anton begab sich in die Schlafzammer. Ihnen den letzten Schmuß zur Nachtruhe zu geben. Die Ventilator der Fenster spaltbreit geöffnet. Sturmes wegen um ein geringes weniger als üblich. Der Schlafanzug einschlupfbereit in schräger Afro-bantenstellung über gleichmäßig geschütteltem Federbett. Dies hier war alles wie es sein sollte. Aber jetzt die Pantoffeln. Natürlich nicht ganz genau auf dem Stern, den man eigens dafür in den Bettvorleger hatte stecken lassen. Man wünschte die Schuhe auf gleichem Fleck zu finden. Das begriffen die Jungfernen nie. Daß ein Millimeter mehr oder weniger nach rechts oder links keine Bagatelle. Man bräuhete nur an schmale Beräpfecke zu denken, an schrofne Fellvorprümge über dem Sec. Aber den ten solche Jungfern überhaupt?

Auf dem Nachtschiff war alles in Ordnung. Genau zwei Finger breit von der grünbehängenen Lampe das Wasserglas, der eisenbeimerte Löffel und die Schachfel mit den Pulvern. Im korrekten Abstand davon der Uhrständer. An der Wand darüber in waschbarer Wandstärke die hauptsächlichste Zeitung. Die Unglücksfälle der Welt las Anton nur im Bett. Gewürmt, ausgekühlt, in sicherer Ruhe. Jeder muß selbst wissen, was ihm höchste Behaglichkeit abt. In Tagen wie heute genügte das Heulen des Sturmes und das Gepolter der Wellen. Man würde die Augen schonen und Licht ersparen können.

Anton krüht in das Nebenzimmer. Saphirs Reich, mit großem Bett und grünbeimter Decke und ebensolchen Vorhängen, glück beinahe genau dem seines Bruders. Nur in Antons Zimmer waren Vorhängen und Decke lilafarben. Saphir hatte gemeint, grün eründer an Mißengrund und Frühling. Anton hatte erwidert, daß Schlummer auf Mißengrund im Frühling analog mit Rheumatismus und Grippe gebe. Und für sich das billigsitliche Vila vorgezogen. (Fortsetzung folgt.)

Ungelegenheit fordert vor Einführung irgendeiner neuen Steuer... (Text continues with tax-related news and commentary)

Zum gewesenen Streik im Damenfrisiergewerbe

Ich und geschrieben; Als Entgegnung auf die Veröffentlichung des Herrn Koop v. 22. 9. erwidere ich folgendes: Da zwei meiner Angestellten schon vor dem Streik über den geforderten Tariflohn bezügl. wurden...

Benno Kossbahn, Sandstr. 12.

Dazu wird uns von Arbeitnehmerseite geschrieben: Nicht über die Höhe des Lohnes, sondern wegen Abschluß eines Tarifes streikten die Friseurinnen...

Arbeitnehmer-Verband des Friseur- und Haargewerbes Zweigstelle Lübeck: Koop.

Wichtig Betriebsräte, Betriebsobleute, Arbeiter- und Angestelltenräte, Vertrauensmänner der freien Gewerkschaften im Zwergbetriebe! Am Montag abend 7 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung statt...

Die Schulzeugnisse stehen wieder vor der Tür. Man schreibt uns dazu: Wie manche stolze Hoffnung haben sie schon zertrübt, wie manche bittere Enttäuschung bereitet...

Stadttheater. Die blaue Maske, die neueste Operette von Franz Lehár gelang am Sonntag im Stadttheater erstmalig zur Aufführung. In allen größeren Städten hat die reizende Operette begeisterte Aufnahme gefunden.

Schauspieltheater. Wegen des Erfolges der Operette Wenn Liebe erwacht muß die Aufführung der Operette Rindomjahn von Gilbert noch um einige Tage verschoben werden.

In der Tonhalle wird gegenwärtig Gerhard Hauptmanns geschnittenes Drama Die Kaiten gegeben. Es ist eine erschütternde Tragödie aus den dunkelsten Winkeln der Großstadt...

Schwerer Opferwoche. Abt. Handarbeitsausstellung. Ausstellungsgesellschaft werden Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag noch entgegen genommen.

Ein Fahrplanänderung auf der Strecke Hamburg-Lübeck. An demselben wird für die Zeit vom 1. bis 31. Oktober ein-geführt (siehe Fahrplan).

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Hausmädchen aus Hamburg, welches einem Gast eines Hotels, in dem auch die festgenommene staquiert war, eine Brieftasche mit ca. 150 Mark gestohlen hatte.

pb. Fahrtrabbiestöhl. In den letzten Tagen sind nachstehende Fahrtraber gestohlen worden: von dem Hofplatz eines Fahrtrabbiestöhlers in der Kadenburger Allee ein Fahrrad...

pb. Diebstahl. Von dem Hausflur eines Hauses am Moltkeplatz ist eine hellbraune zusammenlegbare Sportkiste mit Gummizähnen gestohlen worden.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Lichtspieltheater. Das von Herrn G. F. Gores neu eingerichtete Lichtspieltheater wurde gestern abend bei vollstem Hause eröffnet. Gleich beim Eintritt fiel der in leichten Farben gehaltene große Vorraum und der breite Korridor sehr angenehm auf.

Groß-Parin. Wodurch entsteht die Wohnungsnot? Herr Eymann schreibt uns: In Nr. 210 Ihres Blattes lese ich den Artikel, Wodurch entsteht die Wohnungsnot?

Hamburg. Neue Feststellungen zur Mordsache Krüger. Die inwischen fortgesetzten Nachforschungen über das Vorleben des flüchtigen Frauenmörders Dr. Fink haben ergeben, daß er sich in verbrecherischer Weise auch mit Schuldnern abgabehat.

Hilders-Hagen. Hoch hat uns nicht gesagt, wie wir an die Sachwerte herankommen. Weder bei der jetzigen noch bei einer künftigen Koalition ist im Reichstage eine Mehrheit dafür vorhanden.

Gerold-Abgeordnete fordert Aufhebung der Gütsbesitz- und Selbstverpflichtung der Domänen und Förderung der Bauerngenossenschaften auf dem Lande.

Edward E. Miller: Zwei Frauen nehmen unser ganzes Interesse in Anspruch: Die Befreiung des Reichslandes im Nord und die Bekämpfung der Inflations. Beides hängt miteinander zusammen.

Bei den Besitzern gibt es Grenzen, wo sie volkswirtschaftlich schädlich wirken. Es bleibt uns nur die Ersaffung der Sachwerte. Diese Erwägung ist nicht nur die einzig mögliche Maßnahme im Interesse der Allgemeinheit...

Sozialdemokratischer Parteitag.

4. Tag. G. 22. September.

Die Aussprache über den Bericht der Reichstagsfraktion wird fortgesetzt.

Frank Krüger fordert erhöhte Aufmerksamkeit für die Lage der jugendlichen Jugend und äußert Bedenken gegen die Einzelheiten der Schlichtungsordnung.

Fickert-Koblenz lenkt das Interesse der Fraktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Mängel des besetzten Gebietes. Die Besatzungszulagen sind im Vergleich zu der Größe der Not unzureichend.

Hilders-Hagen: Hoch hat uns nicht gesagt, wie wir an die Sachwerte herankommen. Weder bei der jetzigen noch bei einer künftigen Koalition ist im Reichstage eine Mehrheit dafür vorhanden.

Gerold-Abgeordnete fordert Aufhebung der Gütsbesitz- und Selbstverpflichtung der Domänen und Förderung der Bauerngenossenschaften auf dem Lande.

Edward E. Miller: Zwei Frauen nehmen unser ganzes Interesse in Anspruch: Die Befreiung des Reichslandes im Nord und die Bekämpfung der Inflations. Beides hängt miteinander zusammen.

weiter bekannt, daß Dr. Fink in seiner Mansardenwohnung am Schwannensil wiederholt nachts die Orgeln veranlassen hat. Hinsichtlich des jetzigen Aufenthalts des Mörders hat man noch keine neuen Nachrichten erhalten, so daß man vorläufig auf einem toten Punkt angelangt ist.

Kiel. 7700 Wohnungsuchende in Kiel. Auch im Monat Juli hat die Zahl der Wohnungsucher wieder um 100 zugenommen. Sie ist damit auf 7700 angewachsen.

Bremen. Die Bremer Kommunistenführer als Spikhaler entlarvt. Als am Montag dieser Woche unter den streikenden Werftarbeitern ein Flugblatt verbreitet wurde, das sich gegen die Streikheute wandte...

Odenburg. Reichs-Stellungskonferenz. Am 15. September hat in Odenburg die dritte Reichs-Stellungskonferenz stattgefunden, an der die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, anderer Reichsministerien...

Hamburg. Neue Feststellungen zur Mordsache Krüger. Die inwischen fortgesetzten Nachforschungen über das Vorleben des flüchtigen Frauenmörders Dr. Fink haben ergeben...

Hilders-Hagen. Hoch hat uns nicht gesagt, wie wir an die Sachwerte herankommen. Weder bei der jetzigen noch bei einer künftigen Koalition ist im Reichstage eine Mehrheit dafür vorhanden.

Gerold-Abgeordnete fordert Aufhebung der Gütsbesitz- und Selbstverpflichtung der Domänen und Förderung der Bauerngenossenschaften auf dem Lande.

Edward E. Miller: Zwei Frauen nehmen unser ganzes Interesse in Anspruch: Die Befreiung des Reichslandes im Nord und die Bekämpfung der Inflations. Beides hängt miteinander zusammen.

Bei den Besitzern gibt es Grenzen, wo sie volkswirtschaftlich schädlich wirken. Es bleibt uns nur die Ersaffung der Sachwerte. Diese Erwägung ist nicht nur die einzig mögliche Maßnahme im Interesse der Allgemeinheit...

Ein Schlufantrag wird angenommen. Es folgen die Schlufworte des Referenten Gustav Hoch und Wilhelm Keil.

Interpellation über das Oppenauer Unglück.

Gustav Hoch: Der Vorstand der Reichstagsfraktion hat beschlossen, folgende Interpellation einzubringen: Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des furchtbaren Unglücks in Ludwigshafen sofort Maßnahmen zu treffen...

Im Schlufwort zum Fraktionsbericht erklärt Genosse Hoch weiter: Ein Antrag fordert die Ablehnung aller Mittel für die jetzige Reichswehr und Flotte. Da man ohne bewaffnete Macht nicht auskommt, kann man doch nicht prinzipiell die Mittel verweigern.

Einige andere Anträge enthalten Vorwürfe gegen die Fraktion oder die Minister der Partei. Es ist tief bedauerlich, daß einzelne Massen und Organisationen Bindungen übernehmen, was Feinde der Partei unteren Ministern nachzogen.

Einige haben meinem Referat Hoffnungslosigkeit herausgesprochen. Das ist durchaus falsch. Ich habe nur angenommen, daß

Es alle ebenso fest vom Siege des Sozialismus überzeugt sind wie ich, und ich möchte in diesem Kreise nicht Selbstverständliches wiederholen. Wer an den Sozialismus glaubt, erlebt ihn heute schon alltäglich. Trotz Elend und Druck spüren wir überall die Wärme des Sozialismus. Trotz aller Winterfälle spüren wir den Frühling vor uns. (Beifall)

Reil (Schlußwort zur Finanzfrage): Der Antrag Loeb selbst an Uebertreibungen und Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, während meine Resolution sorgfältig abgemessen ist. Wenn wir in die Steuerresolution hineinschreiben, daß die schwabenden Schulden fundiert werden sollen, setzen wir uns dem Spott der Sachverständigen aus. Endlich verlangt Genosse Loeb gesetzliche Vorschriften dagegen, daß die Steuer abgemäßt werde. Mit welchem Zaubermittel will er denn das verhindern? Gewiß sind wir entschlossen, soweit es irgend möglich ist, den Weg zur Deckung des Reichsbedarfs heranzuziehen, aber durch zu weitgehende Festlegung der Fraktion würde man die Erreichung dieses Zieles nicht sichern. Die Fraktion wird mit allen Mitteln dafür arbeiten, die deutsche Arbeiterschaft lebens- und existenzfähig zu erhalten. Damit leistet sie zugleich der deutschen Volkswirtschaft den besten Dienst. Sollten die Kräfte der Fraktion nicht ausreichen, so müssen die Parteigenossen im ganzen Reich, so muß die Arbeiterschaft von ganz Deutschland zum Kampf bereit sein. (Beifall)

Abstimmung über die Anträge

Es folgt die Abstimmung über die zahlreich vorliegenden Anträge, über die durchweg nach dem Vorschlag der Referenten entschieden wird. So wurden insbesondere angenommen die Resolution Reil zur Steuerfrage, die Resolution Nabrück zur Justizfrage, die Resolution Georg Schmidt zur Feuerungsfrage und der Antrag Hellmann zur Schulfrage. Letzterer hat folgenden Wortlaut: „Das Reichsgesetz zur Ausführung des Artikel Nr. 146 Absatz 2 der Reichsverfassung ist eine dringende Notwendigkeit, da nur auf diesem Wege die durch die Reichsverfassung gewährte bestmögliche Einrichtung von weltlichen Schulen ordnungsgemäß möglich ist und schädliche Schulkämpfe und Schulfürsungen vermieden werden können. Der zurzeit dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf scheidet zwar die Einrichtung weltlicher Schulen, läßt aber andererseits durch sein weites Entgegenkommen gegen die Bekennerschulen deutlich erkennen, daß er zu einer Zeit entstanden ist, in der Sozialdemokraten in der Regierung nicht vertreten waren. Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, für die gründliche Umgestaltung dieses Gesetzentwurfs nachträglich einzutreten. Hierbei ist nicht nur der Wille der Erziehungsberechtigten so zu berücksichtigen, wie es die Reichsverfassung unter dem Zwang der überlebensnotwendigen konfessionellen Gliederung Deutschlands verlangt, wie es aber auch die innere Neugestaltung der Schule wünschenswert erscheinen läßt, sondern es muß auch ein geordneter Schulbetrieb gemäß Artikel 46 und damit eine mögliche Höhe der einseitigen Leistungsfähigkeit des deutschen Schulwesens in vollstem Maße gesichert werden. Ebenso dürfen die verfassungsmäßigen Rechte der Lehrer nicht beeinträchtigt werden. Grundfähig erklärt der Parteitag, daß er nach wie vor in der weltlichen Schule die beste Form der Gemeinschaftsschule sieht, da sie allein die von dem modernen Volkstaat allen Bekennnissen und Weltanschauungen gegenüber zu übende Duldsamkeit gewährleistet, und zugleich die wertvolle Förderung einer neuzeitlichen Schulreform am besten zu verwirklichen vermag.“

Weiter wird angenommen ein Protest gegen die neunjährige höhere Schule, ein Antrag auf Entfernung des monarchistischen Inhalts aus den Schullehrbüchern und ein Antrag auf Befreiung des Reichsjugendbildungsgesetzes.

Von den übrigen Anträgen wird abgelehnt der Antrag, die Mittel für die jetzige Reichswehr und Marine grundsätzlich abzulassen, ebenso ein Antrag auf Erlass eines allgemeinen Alkoholverbotes und Herabsetzung des Verkaufspreises, der Kohlen, der Elektrizität, auf Entfernung der monarchistischen Offiziere aus der Reichswehr, auf Durchführung der Reichsflagge auch auf See, auf restlose Beseitigung der Embleme der Monarchie, auf Durchführung der Trennung von Kirche und Staat, auf Befreiung der Verwaltungsreform, Erklärung des 1. Mai und 8. November zu gesetzlichen Feiertagen, Sicherung des Arbeitsnachweises, Schutz und Erweiterung der Selbstverwaltung, gründlicher staatsbürgerlicher Unterricht in den Fortbildungsschulen, Einführung einer Reichsschulnotensteuer zum Zweck der Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Abschaffung von Mitteln für die technische Nothilfe. Ferner wird angenommen ein Protest gegen die Schaffung einer neuen Lex Heinze. Eine sehr große Anzahl von Anträgen wird der Fraktion überwiesen. Darunter Anträge auf rasche Durchführung der Demokratisierung der Verwaltung, Schaffung eines demokratischen Beamtennachwuchses, Befreiung eines neuen Beamten-Dienstvertrags, Begleichung aller Wochenfeiertage und des Urlaubs, Ausbau der sozialen Wirtschaft, Bekämpfung des Alkoholismus, Fernhaltung der Jugend von öffentlichen Tanzlokalitäten, Einführung einer Devisenkontrolle und Einschränkung der Spekulation, Besteuerung der Debitoren, Bekämpfung des Bodenwuchers, Fortführung der Siedlungsstätigkeit, Reform des Mietwesens, Verbesserung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes, Aufhebung des Verbots des Reichswirtschaftsbundes deutscher Berufsstände. Abgelehnt wird ein Antrag, der verlangt, daß die Fraktion unter keinen Umständen dem früheren Reichsminister eine Pension bewilligen solle. Angenommen wird eine Resolution Hande, die das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien begrüßt und schleunigste Durchführung des Selbstbestimmungsrechts auch für das deutsche Oberschlesien fordert.

Vorsitzender Weis teilt mit, daß die Vorschlagslisten für den Parteivorstand und die Kontrollkommission abgeschlossen sind. Neben dem Vorschlag auf Wiederwahl der bisherigen Mitglieder ist von der „Opposition“ eine Liste eingereicht worden, in der als Sekretäre vorgeschlagen werden: Hochhaus, Pielisch, Breslau, Dr. Behrer, Lübe, Brochwitz, Frankfurt, Bellisch, Dresden, Ströbel-Berlin und Markwald-Frankfurt. Mit Ausnahme der beiden letzten erklären die Vorschlagsgegner, daß man sie nicht gefragt hätte und daß sie eine Wahl ablehnen. Bellisch, der Minister ist nach dem Kasseler Beschluß nicht wählbar.

Verfallener Vertrag

referiert Genosse Hermann Müller. Er dementiert zunächst die Pressenachrichten, die bereits von einer Umbildung der Reichsregierung zu melden wissen. Wir haben gar kein Interesse an der Umbildung und eine solche Anregung ist nie von uns ausgegangen. Erst müssen andere Fragen entschieden sein. Vor allem die Frage: Was wird der Rest zahlen zur Tragung der Lasten des Friedensvertrages. Dann flüchtet Hermann Müller die historische Schuld des Bürgeriums, dessen politische Schlappheit die Zustände verschuldet, die geradlinig zum Weltkrieg und zum Zusammenbruch führen mußten. Uns fiel die Aufgabe der Liquidation nach dem Zusammenbruch zu. Wir haben den Friedensvertrag unterzeichnet, weil wir die Fortführung des Krieges verhindern wollten, so dem der französische Militarismus damals wie heute bereit war. Ueber Wert und Wirkung des Verfallener Vertrages haben wir uns nie Illusionen hingeeben. Es ist unmöglich die ganze Wiedergutmachung Deutschlands aufzuerlegen. Regnes hat für 1922 den Bankrott Deutschlands prophezeit, weil Deutschland nicht 3½ Milliarden aus seinen Exportüberschüssen zahlen könnte. Wir haben in unsere Reichstagsverfassung vom 2. Fe-

bruar gesagt und die Verfallener Beschlüsse abgelehnt. Im Mai haben wir dem Londoner Diktat zugestimmt, um nicht Oberschlesien und das Ruhrgebiet zu gefährden. Ich warne vor Illusionen. Wir können nicht mit Bankrott blühen, sondern müssen ehestig erfüllen. Die Welt muß unseren Arbeitswillen sehen, der freilich von den Deutschnationalen immer herabgesetzt wird. Wir müssen zur Devisionstranche kommen, um die Spekulationen zu verhindern. Die Fortdauer der jetzigen Zustände muß uns rapt zu Österreich, Polen, russischen Verbündeten führen. Daran haben die Londoner City, die amerikanischen Planzer, die Neutralen kein Interesse. Im ganzen Ausland herrscht eine gewaltige Arbeitslosigkeit, weil der russische und deutsche Konsum fehlen.

Der Verfallener Vertrag beläßt das Erfurter Programm. Unsere Steuerpolitik ist weg. Der wahre Finanzminister ist die Reparationskommission. Wie lange wird es dauern, bis man zu den Bahnen der Weisfelder Konferenz zurückkehrt? Wird der Völkerbund endlich Deutschland die Entscheidung über das für seine Wirtschaft lebenswichtige Oberschlesien bringen? Nur unfreiwillig leisten die deutschen Arbeiter Kulturarbeit, während sie sich und ihren Kindern keine Stiefel, Mäntel und Kleider kaufen können. Der Zwang der ungesunden Exporte führt zum Gift der Valutaschwäche und wirkt letzten Endes gegen die Wiedergutmachung. Der Verfallener Vertrag darf nicht der Wahrheit letzter Schluß sein. Wir bekämpfen den deutschen Militarismus, wenn er sich auf den Straßen breitmacht. Aber dieser Kampf wird uns erschwert, weil Entensmaßnahmen ihn fortwährend nähren. 3. B. die Parteinahme der Franzosen für die Polen in Oberschlesien, die Nichtaufhebung der Sanktionen im Westen nach Annahme des Ultimatus, das Verlangen von Kasernenbauten bei schlimmster Wohnungsnot, die Verschleuderung von Milliarden an Befehlsworten, die für die Reparation verwendet werden können.

Attivo Außenpolitik heißt jetzt das neue Schlagwort. Den Anfang damit haben wir in Simons „Mein“ in London erlebt. Nach der durch Rubenoff organisierten Niederlage ist auf lange Zeit aktive Außenpolitik unmöglich. Für später ist ihre Voraussetzung die Niederhaltung der Generalpolitik, die jetzt von entlassenen Offizieren betrieben wird. Unsere politische Lage von 1918 ist nicht die Folge der „Erboldung der Front“, sondern das Ergebnis des unterschiedenen Willens der gegnerischen Mächte, dem preussischen Militarismus ein für alle Mal ein Ende zu machen. Frankreichs Kriegsziele waren wegen der nahen Nachbarschaft Deutschlands auf die Unschädlichmachung der deutschen Militärmachine eingestellt. Im Frühjahr 1917 wurde im russisch-französischen Geheimvertrag der Rhein als strategische Grenze verlangt, Instruktion sollte ein Pufferstaat mit französischer Befahrung gebildet werden. England war dagegen, denn es wollte kein neues Elsaß-Lothringen.

Lloyd George hat erklärt, es sei unmöglich, heimliche Rüstungen herzustellen. Gerade, weil die Entente alles erfährt, mußte die Entwaffnung schneller durchgeführt werden, und waren die hinhaltenden Mandate der Ruhr-Regierung ein Verbrechen am deutschen Volke, ebenso wie die Frontkämpferfrage, Regimentsappelle und ähnliches. So lange sich noch so starker monarchistischer Geist in Deutschland breitmacht, wird es nicht zur Revision des Friedensvertrages kommen. Die Basis des Vertrages ist das Bekenntnis der deutschen Niederlage, wie es Ludendorff in seinem Oktobertelegramm durch Forderung eines sofortigen Waffenstillstandes abgab. Wir haben nie die Meinschuld Deutschlands behauptet, sondern immer zur Klärung der Deffnung der Rechte verlangt. Eine Reinigung der europäischen Atmosphäre wird erst eintreten, wenn die Grundfrage verwirklicht werden, für die angeblich die Entente gekämpft hat.

Die Haltung der deutschen Arbeiterklasse ist bisher schon das größte Attivo der Außenpolitik. Die französischen Imperialisten trödeln mit der monarchischen Gefahr in Deutschland, obwohl kein Monarch sich gegen die Arbeiterklasse in Deutschland halten kann. Die Hohenzollern gehören der Geschichte an. Deutschland kann nur leben als Republik und als solche wird es ein gleichwertiges Glied der europäischen Völkergemeinschaft werden. Der Völkerbund von heute ist kein Ideal, denn Deutschland, Rußland und Amerika fehlen in ihm. Wir Sozialisten verlangen, daß an Stelle von Diplomatenkongressen ein Völkerparlament tritt, in dem Sozialisten mit Sozialisten, Freihändler mit Freihändler, Pazifisten mit Pazifisten der ganzen Welt eine gemeinsame Front finden und nur die Nationalisten isoliert sind. Wenn uns die Tore des Völkerbundes geöffnet sein werden, werden wir an seiner Verbesserung mitarbeiten. Der Erfolg unserer Mitarbeit wird abhängen von dem Vertrauen, das wir erringen. Durch eine friedfertige Politik muß das deutsche Volk sich dieses Vertrauen erwerben. Nur so wird es möglich sein, einen wirklich gerechten Frieden Deutschland und der Welt zu sichern. Nur durch Arbeit und Erfüllung, nur durch Gewinnung von Vertrauen zu dem Geist eines neuen Deutschlands, wird die Welt von dem Schrecken des Kriegs allmählich genesen, und wirklicher Friede werden auf Erden. (Stürmischer Beifall)

Damit schließt die Vormittagsagung. Am Nachmittag findet keine Sitzung statt, da die Teilnehmer am Parteitag einen Ausflug nach der Landkrone unternehmen.

Gewerkschaften.

Zum Tarifkonflikt der Buchdrucker.

Die Buchdrucker zum Kampf bereit!

Im deutschen Buchdruckgewerbe, das sich seit drei Jahrzehnten einer durch Tarifvertrag garantierten Ordnung erfreute, ist es infolge der sozialen Einstimmigkeit der Unternehmer zum offenen Konflikt gekommen. Am 19. September trat in Berlin der Tarifausschuß zu Verhandlungen zusammen, um zu einer von der gesamten Gewerkschaft geforderten Lohnherabsetzung Stellung zu nehmen. Die bisherigen tariflichen Löhne der Buchdrucker (einschl. Teuerungszulage) bewegten sich zwischen 189,50 Mk. in Orten ohne Lokalausschlag und 255,40 Mk. in Orten mit 25 Prozent Lokalausschlag. Für Hamburg und Berlin erhoben sich die Grundlöhne infolge besonderer Zuschläge auf 277 bzw. 285,50 Mk. Durch eine monatliche Wirtschaftshilfe belaufen sich die Wochenlöhne auf 206,46 Mk. bis 280,78 Mk. (je nach den Lokalausschlagsklassen).

Es bedarf eines besonderen Hinweises darauf, daß die Buchdruckergehältern nicht mehr existenzfähig sind. Während sie in Friedenszeiten mit ihren Löhnen an 12. bis 14. Stelle in der Arbeiterschaft rangierten, stehen die Buchdrucker jetzt an 34. bis 37. Stelle. Die Lohnspannung zwischen Grundlohn und Proping weist infolge der starken Steigerung der Lokalausschläge Unterschiede von 90 bis 110 Mark auf, was sich mehr und mehr als unhaltbar erwies, die die Teuerungszulagen heutzutage in kleinen Städten beinahe noch untraglicher sind als in der Großstadt. Am diese Missete in der Entlohnung der Buchdrucker ein Ende zu bereiten, stellte die Gewerkschaft Forderungen auf: 1. Der Tarifgrundlohn aller Lohnklassen sowie die Berechnungspositionen sind zu verdoppeln; 2. die bis jetzt gen. Teuerungszulagen und Wirtschaftshilfen kommen in Fortfall; 3. dafür ist eine neue bewegliche Teuerungszulage von 30 Prozent auf den verdoppelten Grundlohn festzusetzen; der Zuschlag für Wohnkosten ist zu verdoppeln; 5. das 5. bis 7. Gehalts-

lings ist ebenfalls zu verdoppeln; 6. bisherige Beiträge über den Mindestlohn sollen auch über die neuen Höhe hinaus bezahlt werden; 7. Mietsgerichte im ersten Geschäftsjahre erhalten 15 Prozent bewegliche Teuerungszulage.

Diese Forderungen wurden von den Unternehmern kurzerhand als unduldsam bezeichnet, weil das Gewerbe nicht in der Lage sei, derartige Lasten zu tragen. Die Unternehmer ließen schließlich erkennen, daß sie höchstens zu Zugeständnissen bereit seien, die der Gewerkschaft positive Zugeständnisse im Gegenzug gegen bezogenen Lohn gebracht hätten. Solche minimalen Zugeständnisse gegenüber war es für die Gewerkschaft natürlich völlig ausgeschlossen, den Verhandlungsweg nach weitererhin zu beschreiten. Es kam zum Abbruch der Verhandlungen, und ein Bahnkampf, der das Gesamtgewerbe in Mitleidenschaft ziehen wird, ist nunmehr als faktus ausbleiblich anzusehen. Eine sofort einberufene Gewerkschaftskonferenz, deren Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, erbrachte alle Möglichkeiten eines Kampfes und legte die tatsächlichen Maßnahmen fest, die geeignet erschienen, den Sieg an die Fahnen der Arbeiterschaft zu knüpfen.

Zum Streit in der Berliner Holzindustrie. Die Scharfmacher in der Berliner Holzindustrie sind sich ihrer Gefolgschaft nicht mehr sicher, es kommt an allen Ecken. Nicht nur die einzelnen Mitglieder der Arbeiterverbände lehnen den Betreten der Kassen, sondern ganze Verbände beschließen, sich von ihren Scharfmachern loszusagen. Der Obermeister Paeth wird es fertig bringen, daß er bald als Kampfbahn von seiner Truppe isoliert und ihm das Kampffeld allein überlassen wird. In Nr. 88 der „Bachzeitung“ veröffentlicht er fünf Forderungen, die wegen Nichtbefolgung der Beschlüsse ihrer Organisation ausgeschlossen sind. Die Liste wäre wesentlich größer, wenn Herr Paeth sich an den Holzarbeiterverband gewandt hätte. Denn bis zurzeit haben 540 Arbeiter die tarifvertraglichen Verpflichtungen unterschrieben, und die Zahl wächst ständig, so daß in den nächsten Tagen zu erwarten ist, daß der letzte Tischlermeister kapituliert. Fast alle gesamten Arbeitgeber der Berliner Holzindustrie haben die Wohnlohnpolitik ihrer Forderung erkannt und sind nicht weiter gewillt, den bloßen Wächtern jener Drachzieher zu folgen.

Lohnbewegung in der Sinnenstoffindustrie. Die am 12. September abgetragenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für Sinnenstoffindustrie, Gruppe Elbe, wurden am 21. September fortgesetzt. Die Unternehmer erklärten nach längerem Verhandlung nach bereit, den Lohn ab 3. Oktober um 66 resp. 70 Mk. pro Woche zu erhöhen. Der Wochenlohn beträgt ab 3. Oktober: für Kapitäne 340 Mk., für Dampfseilerleute 330, für Kabinenseiler 320, für Deckleute 310, für Maschinisten 340 und für Heizer 310 Mk. Vom 12. September bis 2. Oktober soll eine Teuerungszulage von 40 Mk. pro Woche zu den Tariflöhnen gezahlt werden. Die Arbeitnehmer werden in Mitarbeiterverhandlungen zu dem Resultat Stellung nehmen und bis zum 29. September dem Arbeitgeberverband die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung mitteilen.

Abschluß der Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Die Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist auf Grund der verschiedenen Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien und des Schiedspruchs des Reichsarbeitsministeriums vom 15. September am 17. September endgültig zum Abschluß gekommen. Mit Wirkung vom 1. September 1921 erhalten in den Bergwerken alle männlichen erwachsenen Arbeiter eine Zulage von 150 Mk. je Schicht, die Frauen und Jugendlichen eine Zulage von 3,50 Mk. je Schicht. In den Handarbeitern erhalten mit Wirkung vom gleichen Termin alle erwachsenen Schichtarbeiter eine Zulage von 8,50 Mk. je Schicht, die Gehilfen eine Zulage von 5 Mk. je Schicht, die Frauen und Jugendlichen eine Zulage von 3,50 Mk. je Schicht. Die Gehaltsbezüge werden in den Kern- und Mandarinen vom 1. September 1921 ab einheitlich um 20 Mk. je Woche erhöht. Gleichfalls ist die Gehaltsbewegung der Beamten in dem engeren mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zum Abschluß gebracht worden. Die Gehaltssteigerungen belaufen sich im Durchschnitt auf 23 %, für die höchste Gehaltsstufe beträgt sie 4200 Mk.

Aus aller Welt.

Der Berliner Straßensänger Großmann dem Gericht übergeben. Die Unternehmung gegen den Förder Großmann ist nun abgeschlossen, jedoch am Mittwoch die gerichtliche Voruntersuchung beginnen konnte. Großmann hat bisher drei Luft- und zwei Wasserkraften, und zwar die an der Mische, Gosdorski und einem noch immer nur mit dem Rufnamen Marika bekannten Mädchen. Daß er aber etwa 30 Morde auf dem Gewissen hat, ist so gut wie sicher. Der Förder verbleibt auch während der gerichtlichen Voruntersuchung im Polizeigefängnis. Etwa die Hälfte der Zeugen sind wohnungslos, gehören zum Teil der Hefe der Bevölkerung an und können nur durch Kriminalbeamte ernährt und herangebracht werden, wenn man ihrer bedarf. Auch sonst muß die Kriminalpolizei bei der Voruntersuchung noch zahlreiche Dienste leisten.

Das Bergwerkunglück von Mount Sullivan. Bisher wurden 37 Leichen von den Opfern der Explosion im Bergwerk von Mount Sullivan bei Cairns geborgen. Es besteht wenig Hoffnung, die übrigen 33 Bergleute zu retten.

Aus den Praktiken der Wettkonzerne. Der am Dienstag im Schwurgerichtssaal in Magdeburg unter einem Riefenandrang der Geschädigten abgehaltene, in unserem geistigen Abendblatt kurz erwähnte erste Termin im Konkurs des Wettkonzerns Köln gab einen interessanten Einblick in die Praxis, die ihren Gehilfen bei Köln stillen wollten, und in die Praktiken der Konzerne. Neben dem Arbeiter sah man den Handwerker, den Beamten, den Kaufmann, selbst Kranke und Kranke in Tracht. Auf die Frage des Konkursrichters, wieviel Gläubiger vertreten seien, meldeten sich drei Vertreter von 6460 Gläubigern, so daß sich bald die Unmöglichkeit herausstellte, alle Namen in das Protokoll aufzunehmen. Aus dem Bericht des Konkursverwalters ging hervor, daß die Agenten Kölns ungeheure Provisionen einbrachten und daß das in Berlin eingegangene Geld in Traglohn nach der Bank gebracht wurde. In drei Monaten wurden, soweit aus den mangelhaft geführten Büchern festzustellen war, 9,8 Millionen verwechselt, aber nur 5,8 Millionen gewonnen, so daß sich ein Verlust von 3,7 Millionen Mark ergab. Trotzdem wurde die Dividende gezahlt, die demnach aus den Reueinzahlungen genommen ist. Aus dieser Tatsache will der Konkursverwalter die Unzulässigkeit der Kapitalertragssteuer herleiten, da ein Kapitalertrag in Wirklichkeit nicht fiktiv sein soll. Die Buchführung war mehr als mangelhaft, 6 Millionen Mark sind in die Taschen der Freunde Kölns geflossen, 25 Millionen Mark hat er auf Privatkonten abgehoben. Der „Handelsmann“ Wauer erhielt für seine Tätigkeit bei der Gründung der Aktiengesellschaft für Sportunternehmungen 200000 Mk. Honorar, die zurückgefordert werden sollen. Durch diese Aktiengesellschaft sollte ein Teil des Geldes dem Zugriff des Konkursverwalters entzogen werden. Die genaue Höhe der Posten läßt sich erst nach Jahren feststellen.

Kein schmerzhaftes Rasieren mehr!

Die neue Haarwachscreme Rasierhilfe L'ESIRA ermöglicht auch bei hartem Barthaar u. empfindlicher Haut ein leichtes, angenehmes Rasieren. Sie entfernt hartes Barthaar rasch und gründlich, ohne die Haut zu reizen. In Schmalen Packungen im Handel, außerdem in 30 g. Packungen. In den bekannten Apotheken, Drogerien, etc., erhältlich. Preis 2.00 Mk. L'ESIRA - Rasierhilfe. Garmisch-Partenkirchen, Oberammergau, Garmisch, München, etc.

Die Einzahlungen der 40 000 bis 50 000 Gläubiger betragen 80 bis 75 Millionen Mark. Die Aktien belaufen sich auf etwa 6 Millionen Mark. Die Beziehungen des Reichs zur Deutschen Reichsbank gaben Anlass zu einer lebhaften Debatte. Es wurde verlangt, diese Bank bezw. ihre führenden Persönlichkeiten rechenschaftlich zu machen. Der Kommissar des Reiches sagte die Genehmigung der Debet der genannten Bank zu.

Das Wetter der Woche.

(Von der Lauburgischen Wetterwarte in Milla.)

Der trockene Charakter der Witterung setzte sich wieder erwarten in letzter Woche erneut durch, veranlaßt durch ein aus SW. nach Mittel-Europa vorgebrungenes, für die letzte Jahreszeit abnorm kräftiges Hoch, das stellenweise 778 mm überstieg. Nach dem schnellen Vorübergang einer entfernten atmosphärischen Störung vom W. über R. nach O. in der Nacht zum 22. Sept. ist unser Bezirk wieder auf die Nord- (Ost-) Seite eines neuen, vom westlichen Europa heranziehenden starken Hochdruckgebietes gelangt. Demnach ist begründete Aussicht vorhanden, daß wenigstens in der 1. Hälfte der nächsten Woche (22. Sept. - 1. Okt. einchl.) das kräftige Hochdruckgebiet noch vorherrscht. Während nachmittags

vielfach heiterer Himmel herrscht, ist das Wetter früh und teilweise vormittags trübe mit starkem, nährendem Nebel. Nachts sinkt die Luftwärme im Binnenlande und Nordschleswig oft nahe bezw. auf den Gefrierpunkt, sobald Nebel bzw. Frostgefahr besteht. Um die Wochenmitte (28.) und gegen das Ende sind Vorstöße ozeanischer Tiefdruckgebiete zu erwarten, die trübe, windiges Wetter mit zeitweisen Niederschlägen veranlassen, besonders in Ost- u. Westpreußen, Pommern und Hannover. Ob damit eine längere Regenperiode einsetzt ist noch sehr zweifelhaft, jedenfalls besteht noch eine starke Neigung zur Trockenheit fort. Im einzelnen: 25. Sept.: Nachmittags ziemlich milde und teilweise heiter, besonders im S. und O., nachts und zeitweise vormittags trübe mit starkem, nährendem Nebel, schwache N. und NO-Winde. Im übrigen trocken. 26. Sept.: Tags wärmer, teils neblig-trübe, teils heiter, schwache bis mäßige NO. bis O. Winde; trocken. 27. Sept.: Wenig Abänderung bei aufsteigenden SO-Wind und steigender Wärme. Am 26. und 27. früh im N. und Binnenlande Nebel bzw. Frostgefahr. 28. Sept.: Start mäßig bis trübe, lebhaft, teilweise starke SO. bis SW-Winde. Nachts wärmer. Zeitweise schwache Regenfälle, besonders im Küstengebiet der Nord- und Ostsee. 29. Sept.: Kühler, veränderlich, starkwindig, frische böige SW. bis NW-Winde. Im N. und O. vereinzelte Regenschauer. Vorwiegend trocken. 30. Sept.: Ziemlich kühl, starkwindig mit Aufheiterung, nachmittags aufsteigende SO-Winde. Tags meist trocken. Abends bzw. nachts

westwärts ausgebreitete Regenfälle. 1. Oktober: Vorwiegend trübe, vielfach starke S. bis SW-Winde, wärmer, ausgebeutete Regenfälle.

Briefkasten.

Steuerfrage. Bei einem Monatsgehalt von 775 Mk. beträgt die Steuer (10%) 77.50 Mk. Davon dürfen Sie für sich abziehen 10 Mk. und für Werbungskosten 15 Mk. Die zu zahlende Summe ist also pro Monat 52.50 Mk. In den Werbungskosten sind die Beiträge für soziale Versicherungen mit enthalten. Mehrere Streitende. Der Zirkus Barnum & Bailey war in Lübeck vom 20. bis 21. August 1901. - Die 5 Mk. werden mir ihrem Wunsche entsprechend dem Wahlfonds überwiesen. Kritik. Der Zirkus Barnum & Bailey hat im Jahre 1901 in allen größeren Städten Deutschlands gespielt. Durch welche Städte derselbe gezogen ist, läßt sich nach 20 Jahren doch unmöglich feststellen.

Damen - Unpreßhüte, neueste schicke Formen. (6840) **16 Mark** A. C. Fieber, Fackenburg Allee 10 Straußfeder-Industrie Gr. Burgstr. 7.

Nach kurzem schwerem Geben entschloß heute abend 5 1/2 Uhr meine innigstgeliebte Frau, meiner Kinder treuherzige Mutter, Schwester und Schwägerin (6894)

Christine Bibow geb. Wingreen im Alter von 37 Jahren. In tiefem Schmerz **Heinrich Bibow** nebst Kindern u. allen Angehörigen. Lübeck, d. 23. Sept. 1921 Krähnenstraße 15. Bestattung am Mittwoch, dem 28. d. Mts., 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Bornorter Friedhofes.

Nach kurzer Krankheit wurde uns auch unsere jüngste Tochter **Käthe** mit 2 Lebensjahren durch den Tod entzogen. In tiefer Trauer **Karl Hahn u. Frau** und Sohn Karl. Elisenstr. 65. (6897) Trauerfeier am Dienstag nachmittag 3 1/2 Uhr in der Leichenhalle des Bornorter Friedhofes.

MAGGI Würze

Man verlange ausdrücklich MAGGI Würze.

altbewährt in Qualität und Ausgiebigkeit, ist nur etwa 5 mal so teuer als früher, während andere Nahrungs- u. Genussmittel heute mindestens das zehnfache kosten.

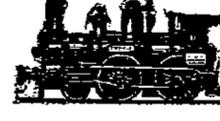
Vorteilhaftester Bezug in plombiert. Originalflaschen Nr. 6



Abbruch!

Das Gebäude der Transformatorstation in Schintup bei der Gralshöhe soll auf Abbruch verkauft werden. Angebote sind bis zum 1. Oktober 10 Uhr vormittags Mühlendamm 10 - Zimmer 10 - einzureichen. (6882)

Wasserbauamt III.



Auf der Strecke Hamburg-Lübeck-Grabow-Riesdorf (Office) wird für die Zeit vom 1. bis einschl. 25. Oktober d. J. ein geänderter Fahrplan eingeführt, der auf unseren Stationen aushängt. Der Fahrplan auf den Strecken Lübeck-Büchen und Lübeck-Gegeberg bleibt unverändert. (6851) Die Direktion der Lübeck-Büch. Eisenbahngesellsch. Tel.-Bal., gr. Htg., III. 120. (6884) Kahlhorststr. 45 a.

Martha Prinzlin **Hans Schildt** Verlobte. (6854) Lübeck, 25. September.

Für die vielen Kranzspenden und die herzliche Anteilnahme sowie die trostreichen Worte des Herrn Pastor Tegtmeyer am Grabe unseres Lieben Entschlafenen danken herzlich. (6856)

Friedrich Brohn und Frau, Engelsgrube 56.

Zu sofort oder später **2 Zimmerlehrlinge** gesucht. (6839) **Wilh. Wiebecke,** Zimmerstr., Dornestr. 18 b.

Febl. 2-3. W., Holstent., geg. 2-3. W. z. H.-gel. Ang. u. A 22 a. d. Exp. (6887)

Zu vermieten: **Große Büreauräume und Lagerteller** im Innern der Stadt. Zu erfragen von 8-4 Uhr (6876) **Sausstraße 160.**

Ein neuer mod. Damenmantel umständlich, billig zu vert. Westhoffstr. 84. (6863)

Zu verkaufen vollständige, gut erhaltene Zimmereinrichtung (rot Blau) (6861) **Fackenburg Allee 82 a.**

Zu verk. Petroleumlampe, Petroleumhängelampe, ein gr. Ranzchen m. Stall, ein gr. Partie Kunkelrüben. (6880) **Arminstr. 81.**

Kinderwagen zu verkaufen. (6875) **Klappenstr. 28 I.**

1 Herr-Zaschenuhr, 2 gestichte S.-Westen zu vert. (6847) **Wotisl. Allee 55 b II.**

Zu verk. ein Herbst-Jacke-Anzug (blau) (6828) **Lindenstr. 17 a, I, r.**

Gartenbude u. Gerät z. vert. (6857) **Rosenstr. 17, Haus 14.**

Militärmantel preisw. z. v. (6867) **Augustenstr. 19, p.**

Will. z. vert. 15 ja. Legehühner. (6888) **Wickestr. 49**

Gr. Partie Pfeffer und Zügel zu vert. (6888) **Schönbödenener Straße 18.**

Ein 5 Monat altes Ziegenlamm zu verkaufen. (6871) **Mittelstr. 9a, I.**

4 ja. Legehühner zu vert. Stück 35 Mk. Wufelstr. 46. I. (6859)

Junge Hunde billig zu vert. (6855) **Karlstr. 58.**

Ferkel u. Fugänger z. vt. (6824) **Evers, Dögestr. 16 II.**

Fugel. N. Schm. u. mß. Kage. (6846) **Ludwigstraße 3.**

Zugelaufen e. gelber Hund. (6895) **Georgstraße 4.**

W. leht ehrl. Leuten 400 b. 800 M. gegen sof. wöchentl. Rückz. 50 M. u. hohe Zinsen. Ang. u. W. a. d. Exp. d. Bl. (6879)

J. K. Za! erm. Sie Sonnabend 8 Uhr, Post, Markt. (6865)

Billiges Angebot. Normal-Hemden 30, 35, 45, Damen-Hemden 21, 24, 35, Mädchen-Unteröde 35, 39, Mädchen-Damen-Hosen pa. 35, 39, Kinder-Mädchen-Hosen v. 15 M. an, Herren-Socken Wolle 4-16, Dam.-Strümpfe 9.50-29 M. (6853) **Balauerfohr 35.**

Aerztl. Sonntagsdienst (6850) **Dr. Sachobm., Roedstr. 52.** Prof. Dr. Pauli, Breite Str. 97. Dr. Niemann, Schw. Al. 75.

Neu erschienen! Vorwärts-Kalender 1922

in Tiefdruck, reich illustriert, zum Preise von Mk. 4.— **Lübecker Volksbote**

Neues Volksliederbuch mit Anleitung zur Lautenbegleitung. Preis Mk. 5.50. **Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,** Lübecker Volksbote

Schwarz-rot-goldene Schleifen und Fahnen aller Art liefert zu Fabrikpreisen **Buchhandlung „Lübecker Volksbote“** Johannisstraße 46.

Bremer Zigarren-Fabriken G. Freje Gegründet 1860 • Bremen • Gegründet 1860 Filiale Lübeck, Holstentstr. 13/15, Fernspr. 8937 Bortellhafte Bezugsquelle feinsten Bremer Qualitäts-Zigarren.

Hotel Stadt Hamburg, Lübeck.

Weißer Engel Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** Endstation der Straßenbahn-Linie 1.

Uhren-Henke, Gr. Burgstr. 51. Anerkannt vorzögl. Bezugsquelle für Uhren, Gold- u. Silberw., sowie Trauringe. Fachm. Ausführung auch schwieriger Repar. in eig. Werkst.

Gebr. Müter, Mühlenstraße 13, Beerdigungs-Anstitut.

J. H. Pein, Markt 12. Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Beizen, Bettfed., Herr- u. Knab.-Gard., Arb.-u. Berufskleid.

F. Fränkel, in echten Lederwaren, Koffern u. Reiseutensilien. **F. Fränkel,** Breite Str. 35 und Goltstr. 4

Franz Karstadt & Laurisch Genauer Straße 46, Telefon 1188. Chemische Reinigung - Teppichklopwerk. Läden: Holstenstraße 14, Beckergrube 31, Breite Straße 55/57, Fackenburg Allee 11 und 72.

F. W. Tietz, Felzerstr. 24, Fernsprecher 943. Brennmaterialien • Transporte aller Art.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg			Büchen			Eutin			Travemünde				
Abf.	Kom.	Abf.	Abf.	Kom.	Abf.	Abf.	Kom.	Abf.	Abf.	Kom.	Abf.	Kom.	Abf.
6:00	7:30	5:30	8:00	9:15	6:30	7:15	8:15	6:15	5:20	6:15	5:20	6:15	5:20
7:40	8:40	7:40	9:00	10:15	7:45	8:30	9:30	7:30	6:35	7:30	6:35	7:30	6:35
9:00	10:00	9:00	10:15	11:30	8:15	9:00	10:00	8:00	7:05	8:00	7:05	8:00	7:05
11:00	12:00	11:00	12:15	1:30	9:45	10:30	11:30	9:30	8:35	9:30	8:35	9:30	8:35
12:00	1:00	12:00	1:15	2:30	10:15	11:00	12:00	10:00	9:05	10:00	9:05	10:00	9:05
1:00	2:00	1:00	2:15	3:30	10:45	11:30	12:30	10:30	9:35	10:30	9:35	10:30	9:35
2:00	3:00	2:00	3:15	4:30	11:15	12:00	1:00	11:00	10:05	11:00	10:05	11:00	10:05
3:00	4:00	3:00	4:15	5:30	11:45	12:30	1:30	11:30	10:35	11:30	10:35	11:30	10:35
4:00	5:00	4:00	5:15	6:30	12:15	1:00	2:00	12:00	11:05	12:00	11:05	12:00	11:05
5:00	6:00	5:00	6:15	7:30	12:45	1:30	2:30	12:30	11:35	12:30	11:35	12:30	11:35
6:00	7:00	6:00	7:15	8:30	1:15	2:00	3:00	1:00	11:45	1:00	11:45	1:00	11:45
7:00	8:00	7:00	8:15	9:30	2:00	3:00	4:00	2:00	12:15	2:00	12:15	2:00	12:15
8:00	9:00	8:00	9:15	10:30	2:45	3:45	4:45	2:45	12:45	2:45	12:45	2:45	12:45
9:00	10:00	9:00	10:15	11:30	3:30	4:30	5:30	3:30	1:15	3:30	1:15	3:30	1:15
10:00	11:00	10:00	10:15	12:30	4:15	5:15	6:15	4:15	2:00	4:15	2:00	4:15	2:00
11:00	12:00	11:00	11:15	1:30	5:00	6:00	7:00	5:00	2:45	5:00	2:45	5:00	2:45
12:00	1:00	12:00	12:15	2:30	5:45	6:45	7:45	5:45	3:30	5:45	3:30	5:45	3:30

W = Wochentags, S = Sonntags, D = D-Zug.

Glasscheiben aller Art, Kcht., Glasschn., Bilderrahmen, Bilder-Einrahmungen, Oskar Tauschitz, Fleischstr. 35, Tel. 2908.

Franz Wehrendt, Balauerfohr 35, Tel. 8949. An- u. Verk. säuml. Kleid., Wäsche, Fußzeug, Bett.

R. Kössling, Königstr. 121, Tel. 2427. Seilerw., Ang.-Ger., Fischm.

Br. Drümmer, Fackemb. Fahrtdhdl. u. Rep.-Wkst. Johannistr. 14. Pianos.

Hausmann Stimmren. Reparaturen.

Carl Topp Inh. Gg.-Jürß. Marlesgr. 34. Antiquitäten-Haus.

Denkist R. Düffer, Breitestraße 44 II.

L. Grimm Kahl Schlusmacherstraße 6. Leder- u. Schafstiepper. Zahnteilartikel. T. 2129.

Margarete Habe, Putz- u. Gesch. Mühlenbrücke 2.

Friedr. Michael Gartensamereien, Breite Str. 33, Tel. 2014.

Wolle spinnst und fertigt **H. BÖSEL,** nur Hützwäsche 87.

C. G. Torkahl, Finkenhausen 12. Wäsche, Ankleider- u. Herrenartikel.

Herm. Schwaberow Zahnpraxis.

Anna Martin Putz- und Modewaren.

Hotel Kronprinz Tel. 1257 = Vereinslokal mit Saal und Kegelbahn.

Hotel Lübecker Hof, am Markt = Tel. 1068.

Karl Kleinfeld, Bahnhofstraße 8. Reiseandenken und Reiselektüre, Papiergeschäft.

Färberei Reimers, Fischergrube 50.

J. Krause Inh. O. Krause Fleischhauerstraße 5. Photo-Artikel.

Photo-Atelier Lubeca Tel. 8121, Breitestr. 13.

A. Drückhammer Königsstr. 33. Buchbind. Rep. u. Fb. v. Handt.

J. Wolf Kohlen-, Holz-, u. Kartoffelhdlg. Dornestr. 19-19a. T. 2226.

F. W. Lichtenstein, Barbier, Gr. Burgstr. 11 Flechten, Haubenetze.

Gustav Pütter Uhrmacher, Lindenstr. 46, E. Meierstr.

E. Lütjke, Johannistr. 43 I, Damen-Frisier-Salon.

♦♦♦♦♦ **Schwartau** ♦♦♦♦♦

Kurhaus Schwartau, Hotel und Restaurant I. Ranges, anerkannt vorzügliche Küche • Sool-, Moor- und med. Bäder im Hause

Waldhalle: Tägl. Konzert Beliebter Ausflugsort der Lübecker.

Geertz Hotel, am Riesebusch. Jed. Sonntag: Konzert. Riesebuschhalle: Tanzkränzchen.

Aug. Hartkopf, Lübecker Straße 16 Tel. 1842 :: Kohlen, Koks, Stroh, Häcksel :: Gegründet 1885.

Zigarren, Zigarreften, Rauchtakab in all. Preisl., nur erste Fabrik, **Zigarren-Spezialhaus Georg J. F. Schmidt,** Bahnhofstr. 2, Endstat. der Straßenbahn. • Marktpavillon: Schokolade, Konfitüren, Zigarren, Zigaretten, Reiseandenken.

W. Wiencke, Lübeck. Str. 4, Tel. 2442, Autorep. Fahrräder, Nähmasch.

Kaffeesgarten Schwarz vorm. Rogall, Am Riesebusch.

Hotel Kronprinz Tel. 1257 = Vereinslokal mit Saal und Kegelbahn

Hotel Lübecker Hof, am Markt = Tel. 1068.

Kauft bei den in der Geschäftlichen Rundschau infertierenden Firmen.